

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/002/2017
Datum	Donnerstag, 14.12.2017
Ort	Casino - Bezirk Oberbayern
Beginn	09:35 Uhr
Ende	12:41 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Mitglieder CSU

Steinberger, Friederike
Bertl, Alexandra

abwesend ab TOP 6 Ö

anwesend ab TOP 2 Ö, abwesend ab TOP 4
Ö

Bichler, Josef
Breher, Barbara
Eichiner, Reinhard
Friesinger, Sebastian
Funke, Annemarie
Großmann, Rainer, Dr.

Hainz, Birgit
Hausberger, Claudia
Hobmeier, Karin

abwesend ab TOP 4 Ö

anwesend ab TOP 2 Ö

Hofstetter, Franz
Knöferl, Robert
Kuhn, Barbara
Linder, Ingeborg
Linhart, Susanne

anwesend ab TOP 2 Ö

Loy, Josef
Meyer, Beate
Off-Nesselhauf, Gabriele
Schindlmayr, Simon
Schwab, Harald
Schwarzenberger, Thomas
Spitlbauer, Anton
Weiß, Ilse
Wetzelsperger, Georg
Wohlrab, Sabine
Wunsam, Günther

abwesend ab TOP 4 Ö

Mitglieder SPD

Asam, Michael
Broschei, Hiltrud
Eberl, Martin
Hofmann, Irmgard
Hörl, Christina

Hügenell, Helga
Jordan, Elisabeth
Malm, Mike, Dr.
Murken, Jan, Prof. Dr.
Rödig, Günther, Dr.
Salvermoser, Richard
Weitzel, Katja
Wimmer, Gerhard

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Becher, Johannes
Bohr, Sylvio
Goldstein, Ulrike
Halbauer, Jan

abwesend ab TOP 2 Ö
anwesend ab TOP 2 Ö, abwesend bei TOP 3
Ö, anwesend ab TOP 4 Ö

Janner, Elisabeth
Siebler, Joachim
Tuttas, Petra
Zintl, Roland

Mitglieder FW

Degenhart, Christine

anwesend ab TOP 2 Ö, abwesend vor Be-
schlussfassung TOP 2 Ö

Heigl, Marianne
Hofer, Sepp
Schanderl, Michael, Dr.
Schneider, Rainer
Specker, Konrad

anwesend ab TOP 2 Ö

Mitglieder BP

Barth, Hansjörg
Dorn, Hubert
Weber, Florian

Mitglieder FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von
Berg, Gabriela, Dr.

Mitglieder ÖDP

Huber, Andreas

Mitglieder Piraten

Wenta, Martina

Mitglieder Die Linke

Jenkner, Beate

Verwaltung

Ackermann, Stefanie
Becker, Stefan
Bertenbreiter, Benedikt
Biedermann, Markus
Bierling, Marc
Böhm, Alfons
Brinckmann, Ernst

Bruckmann, Wolfgang, Dr.
 Büllesbach, Susanne
 Eberhardt, Gabriele
 Engelbrecht, Reinhard
 Erdmann, Kerstin
 Fance, Brigitte
 Fleischmann, Sabrina
 Getzlaff, Stefan
 Gneiße, Volka
 Goriß, Monika
 Graebisch, Dorit
 Hange, Ulrich, Dr.
 Heller, Alyssa
 Kiener, Anna
 Kohl, Markus
 Maja, Renate
 Mauermayer, Constanze
 Meyer, Sophia
 Nischwitz, Ulrike
 Reil, Josef
 Rommot, Elena
 Roth, Helmut
 Schempp, Jürgen
 Steinwand, Ralf
 Stenzel, Ina
 Treffkom, Marc
 Wanke, Julia
 Weidmann, Martin
 Wintermayr, Stefan
 Wölkl, Isabell
 Zdarsky, Andreas
 Zieglmaier, Margarete

Weitere Anwesende

Amler, Felicitas
 Brunner, Brigitta
 Müller, Hannes
 Schwerdtner, Klaus
 Spuckti, Martin

abwesend ab TOP 2 Ö
 abwesend ab TOP 2 Ö

Protokollführerin

Ewerhardy, Angelika

Entschuldigt

Mitglieder CSU

Hartsperger, Veit
 Klein, Patricia

entschuldigt
 entschuldigt

Mitglieder FDP

Friedl-Laussenmeyer, Sigrid

entschuldigt

Mitglieder ÖDP

Schildbach-Halser, Johanna

entschuldigt

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2018 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege - Delegationsverordnung
TOP 4	Fortschreibung des Gleichstellungskonzepts
TOP 5	Antrag der Bezirkstagsfraktion der Bayernpartei - Zuführung von 63,4 Mio. € an die allgemeine Rücklage
TOP 6	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Pestizidfreie Bezirksflächen
TOP 7	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:35 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 56 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 5 Antrag der Bezirkstagsfraktion der Bayernpartei - Zuführung von 63,4 Mio. € an die allgemeine Rücklage

Die Fraktion der Bayernpartei stellt einen Antrag bezüglich der Erstattung nach § 89d SGB VIII (Altverfahren). Sie fordert den Bezirkstag auf, die derzeit im Raum befindliche Erstattungspflicht in Höhe von 63,4 Mio. € nicht im Haushaltsplan zu veranschlagen, sondern der allgemeinen Rücklage zuzuführen. Der Antrag wird abgelehnt, da sich aus dem Vorsichtsprinzip die Notwendigkeit der Veranschlagung ergibt. Eine Anerkennung der Forderung ergibt sich hieraus nicht.

Beschluss:	Der Bezirkstag lehnt den Antrag der Fraktion der Bayernpartei ab.	
	angenommen	Ja 52 Nein 4

TOP 2 Haushaltssatzung 2018 und Haushaltsplan mit Anlagen

Zur Diskussion des Haushaltsentwurfs halten der Präsident und die Vertreter der Fraktionen Reden, die im Folgenden im Manuskript abgedruckt sind:

Haushaltsrede von Herrn Bezirkstagspräsidenten Josef Mederer

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Regierungspräsidentin,
liebe Vizepräsidenten Frau Steinberger und Herr Asam,
liebe Bezirksrätinnen und -räte,
sehr geehrte Damen und Herren, die Sie heute gekommen sind.

Die Haushaltsaufstellung ist immer wieder eine große Herausforderung. Wir stehen kurz vor der Verabschiedung des fünften und letzten Haushalts in dieser Wahlperiode. Für mich selbst ist es der 10. Haushalt, den ich vorzulegen habe und der 20., den ich begleite. Der Haushalt ist die Grundlage unseres politischen Handelns. Heute sollen die Finanzmittel dafür bereitgestellt werden, und wenn wir den vor uns liegenden Entwurf ansehen, wird klar, dass und unsere Aufgabenerfüllung im Mittelpunkt steht. Unsere Stärke ist die engagierte Zusammenarbeit in unserem Bezirkstag. Wir stellen keine parteipolitischen Interessen in den Vordergrund, nein, die Aufgabenerfüllung ist uns am wichtigsten: Das stellen wir immer wieder unter Beweis. Wir diskutieren zusammen, tragen auch die Ergebnisse gemeinsam zusammen nach außen. Dafür ein herzliches Dankeschön an unser politisches Gremium und ebenso an die Verwaltung.

Meine lieben Freunde, weil Sie alle so artig in der Mitarbeit sind, haben wir einen Büchertisch aufgestellt. Wer unsere Bezirkschronik noch nicht hat, darf sie als Weihnachtsgeschenk mitnehmen. Diese Chronik ist im Bezirk Oberbayern erstmalig, in ihr können Sie die Geschichte des Bezirks seit 1828 nachlesen. Ein hohes Lob, ein großes Dankeschön an meine persönliche Referentin,

Frau Büllesbach, die hier großartig und engagiert mitgearbeitet hat. Auch unser Bezirksheimatpfleger Dr. Göttler und viele andere waren an der Entstehung der Chronik beteiligt.

Vorhin habe ich schon erwähnt: Das ist der 10. Haushalt, den ich vorlegen darf. Und wenn man den 10. Haushalt sieht, dann möchte man auch schauen, was war denn vor 10 Jahren, meine Damen und Herren, liebe Freunde.

Vor den Jahren 2007 hatten wir in der stationären Eingliederungshilfe 15.600 Menschen, die Hilfe benötigten. Im Jahr 2008 kam die Ambulante Hilfe dazu, somit waren es plötzlich 28.000 Menschen, die Hilfe benötigten. Bis 2012 stieg die Zahl auf 42.000 Menschen und 2016 hatten wir 45.800, also fast 46.000 Menschen in der Eingliederungshilfe. Wenn 2008 etwas mehr als 1 Milliarde notwendig war, um den Bezirk über den Verwaltungshaushalt zu finanzieren, sind es heuer knapp 1,9 Milliarden Euro. Eine gewaltige Steigerung. Auch wenn Sie den inflationsbedingten Ausgleich abziehen, sehen Sie deutlich eine Zunahme, begründet darin, dass immer mehr Menschen Hilfe brauchen. Aber auch die Tarifsteigerungen und vieles andere muss hier berücksichtigt werden. Da sehen Sie deutlich unsere Verantwortung. Das ist für uns eine große Herausforderung.

Ich möchte vermerken, dass dieser Haushalt 2018 von guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen begleitet wird. Die Umlagekraft der Kommunen, die Finanzkraft, ist Gott sei Dank immer wieder im Steigen begriffen. Mit 5,5 % Steigerung der Umlagekraft könne wir zufrieden sein.

Auch die Mittel, die der Freistaat im FAG 15 Topf zu Verfügung stellt, sind zum ersten Mal seit Jahren erhöht worden. Bei den Finanzausgleichsverhandlungen durfte ich die Bayerischen Bezirke vertreten. Die Bayerischen Bezirke erhalten in der Gesamtheit 691,5 Mio. vom Freistaat zur Mitfinanzierung der Kosten im Eingliederungs- und Sozialbereich. Allerdings, wenn man den Bezirk Oberbayern als Drittel sieht, könnte man eine größere Summe erwarten. Aber durch unsere große Umlagekraft gehen „nur“ 71,8 Mio. nach Oberbayern, immerhin eine Steigerung um 7,1 Mio. Von dieser Seite her könnten wir eigentlich Stabilität in der Bezirksumlage haben. Wir hätten die Bezirksumlage bei 19,5 Punkten lassen können, wenn hier nicht andere Parameter, auf die ich später noch eingehe, berücksichtigt werden müssen.

Wir waren hoch erfreut, als in Berlin 2013 im Koalitionsvertrag die Erlassung eines modernen Teilhabegesetzes vereinbart wurde, und vereinbart wurde, dass sich der Bund an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligen wird. Zunächst mit 1 Milliarde, später mit 5 Milliarden Euro. Als die erste Milliarde zur Verteilung anstand, wunderten wir uns. Die Gelder wurden den Gemeinden über die Erhöhung der Umsatzsteuerbeteiligung zugewiesen, den Landkreisen über die Kosten der Unterkunft. Das war der erste Fehler. Dieser Fehler ist weitergeführt worden und sollte mit der 5. Milliarde korrigiert werden, sie sollte mit der Verteilung in die Schlüsselmasse aufgenommen werden.

Das Ergebnis, meine Damen und Herren, sieht wie folgt aus: 5 Milliarden gibt Berlin für die Eingliederungshilfe in die Länder Deutschlands. Eine Milliarde erhalten die Kommunen, jedoch nur die Gemeinden und Landkreise und nicht die Bezirke, wo das Geld ausgegeben wird. Bei 1 Milliarde Euro trafen 155 Millionen Euro Bayern, Oberbayern hätte 55 Millionen Euro erhalten. Die Schlussfolgerung ist, dass wir uns das Geld über die Bezirksumlage bei den Landkreisen wieder holen dürfen.

Wir müssen unsere Aufgaben erfüllen. Wir müssen aber auch unter wirtschaftlichen Bedingungen damit kostenbewusst umgehen und die Menschen, die die Hilfe brauchen, müssen sie genau so personenzentriert wie nötig erhalten. Deshalb würde die Summe der Bundesmilliarden etwa für Oberbayern vier Umlagepunkte ausmachen. Folglich müssten wir nicht um 1,5 Punkte erhöhen, wie es heute vorgeschlagen ist, sondern wir könnten senken. Wir wissen, wo das Geld gelandet ist und in der Bezirksordnung steht deutlich, wo wir das Geld holen dürfen, das nicht anderweitig gedeckt ist. Nämlich bei den Umlagezahlen. Ich versuche immer wieder, es den Landräten, Bürgermeistern und Oberbürgermeistern deutlich zu machen. Zum einen hört man Verständnis. Aber sobald es ans Eingemachte geht, ist man über die Mehrausgaben nicht erfreut. Aber wir stehen dazu und haben kein Büßerhemd an, nein. Mit erhobenem Haupt stehen wir für unsere Aufgabenerfüllung ein.

Meine Damen und Herren, auch in der Vergangenheit mussten wir deutlich unsere Rücklagen abbauen. Wenn in den letzten Jahren die Finanzierung der unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge bzw. die der jungen Erwachsenen zur Sprache kam, wurde uns gesagt, wir sollten unsere zu hohen Rücklagen ins normale Geschäft mit aufnehmen.

Es ist aber nicht unser Geld, sondern das der Umlagezahler, also der Landkreise und kreisfreien Städte. Daraus haben wir heuer nochmal 93 Millionen entnommen. Wir werden nochmal in die Rücklagen greifen und diese so einsetzen, dass wir in der Gesamtheit auf unsere Mindestrücklage zurückkommen. Wenn wir nächstes Jahr Geld benötigen, werden wir dies sauber, exakt, klar und transparent den Umlagezahlern vermitteln und dadurch auch wieder unser Geld erhalten.

Wichtig war, dass wir unsere Schulden im Auge behalten und diese reduzieren.

Ein Blick in die Vergangenheit: vor knapp 15 Jahren hatten wir 135 Millionen Euro Schulden. Eine hohe Summe, die wir aber auf unter 10 Millionen reduzieren konnten. Am Jahresende werden es 8,9 Millionen Euro sein. Ich bin froh und dankbar, dass wir trotzdem unsere Investitionen alle erfüllen können. Mein Dank an die Kämmerei, dass dies so gut gelungen ist.

Meine Damen und Herren, ab nächstem Jahr werden die Landkreise und kreisfreien Städte entlastet, da die Hilfe zur ambulanten Pflege von den Bezirken übernommen wird. Am 07.12. ist das Bayerische Teilhabegesetz Teil 1 vom Landtag einstimmig beschlossen worden. Es muss aber noch unterzeichnet werden und wird wohl erst ab 1. März.2018 in Kraft treten. Bis Jahresende können wir auf die Landkreise und kreisfreien Städte delegieren; die Kosten werden von den Bezirken übernommen. Insgesamt umfasst dies für drei Quartale über 60 Mio. €, um die unsere Umlagezahler unmittelbar entlastet werden.

Es ist richtig und notwendig, dass die zukünftige Hilfe aus einer Hand kommt. Ich bin überzeugt, dass dies unserer guten und engagierten Arbeit zu verdanken ist. Wir haben bewiesen, dass wir die Kompetenz haben und können auch flächendeckend gute, qualitativ hochwertige Angebote schaffen. Es wird eine große organisatorische Verantwortung, Sie sehen es im Haushalt, im Stellenplan. Wir werden Stellen benötigen, um den sanften Übergang zu ermöglichen. Diese Stellen müssen bis Ende nächsten Jahres besetzt sein, damit der geordnete Übergang zum 01.01.2019 gewährleistet ist. Mehr Mitarbeiter zu gewinnen im Ballungsraum München wird nicht einfach werden. Die Weichenstellung im Haushalt ist aber gegeben. Es wird nicht möglich sein, in unserem bisherigen Verwaltungsgebäude alle neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterzubringen. Wir sind derzeit schon auf Herbergssuche.

Meine Damen und Herren, auch die unbegleitet eingereisten Kinder und Jugendlichen haben uns dieses Jahr bewegt. Dies ist für die Bayerischen Bezirke eine gewaltige Herausforderung finanzieller Art. Bis 31.10.2015 haben wir für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Kosten übernommen. Erst seit 01.11.2015 wurden die Kosten für die Minderjährigen vom Freistaat übernommen, die jungen Erwachsenen bleiben bei den Bezirken. Damit haben wir Großes erreicht. Aber das ist noch nicht alles. Wir waren die ersten, die durch Umfragen die Höhe der Kosten pro Jugendlichen und Tag ermittelt haben. Damit konnten wir auch die Ministerien überzeugen.

Nach den langen Diskussionen mit dem Freistaat im letzten Jahr und dem mühsam abgerungen Zugeständnis eines staatlichen „Zuschusses“ von 40 € pro Fall und Tag, begrenzt auf ein Jahr für die jungen Volljährigen, können wir nun über die Abrechnungen belegen, dass unsere Prognosen richtig sind. Die Kosten belaufen sich in der Realität nicht auf die vom Freistaat angenommenen 80 € pro Tag. Sie liegen erwartungsgemäß wesentlich höher, der Durchschnitt in Bayern liegt bei 110 Euro. Es ist auch nicht realistisch, dass die Kosten im kommenden Jahr auf 60 € pro Tag und Person sinken, so dass der Freistaat mit den für 2018 zugesagten 30 € beileibe nicht die Hälfte der Kosten übernimmt.

Zum 31.12.2017 werden nochmals alle bayerischen Jugendämter gebeten, die genaue Entwicklung der Kosten zu ermitteln. Denn wir benötigen passgenaue Hilfen für die Jugendlichen, die wir in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern, Landkreisen und kreisfreien Städten bereitstellen. Un-

term Strich bedeutet dies für den Haushalt 2018 48,7 Mio. € an reinem Zuschussbedarf für die jungen Volljährigen, also fast 50 Mio. € kommunales Geld.

Auch die Abrechnung für das Altsystem der UMA belastet unseren Haushalt für 2018. Das Bundesverwaltungsamt erwartet von uns eine Zahlung in Höhe von 63,4 Mio. Wir haben unsere größten Bedenken bereits in einem Beschluss im Bezirksausschuss zur Sprache gebracht. Wir fordern sowohl auf Bundesebene als auch innerhalb Bayerns einen gerechten Modus, der von unabhängiger fachkundiger Stelle geprüft wird. Unsere Anliegen wurden bereits beim Bayerischen Bezikretag vorgetragen und werden dort den Weg in die entsprechenden Gremien finden. Bevor wir keine tragfähige Lösung auf Bundesebene und bayernweit haben, werden wir die geforderten 63,4 Mio. auch nicht überweisen. Insbesondere in Bayern müssen die Erstattungen vom Freistaat berücksichtigt werden und es muss auch die momentane Überbelastung an Fällen in Oberbayern mit in die Überlegungen einfließen. Doch trotz unserer größten Bedenken müssen wir diesen Sachverhalt formal im Haushalt berücksichtigen. Wir werden dies so gestalten, dass wir 29,1 Mio. € neu veranschlagen und die restlichen Mittel über einen Haushaltsrest des Jahres 2017 umwidmen, wohl wissend, dass wir erst dann überweisen, wenn unsere Bedenken ausgeräumt sind.

Meine Damen und Herren, zu unseren Kernaufgaben gehört das Soziale. Unser Einzelplan 4 hat hier ohne die UMAS einen Zuwachs von immerhin 73,7 Millionen Euro.

Im Pflegebereich haben wir in den Fallzahlen- und Tarifsteigerungen keine großen Veränderungen. Die Auswirkungen der Einführung des Pflegestärkungsgesetzes, die uns kostendämpfend begleitet haben, laufen langsam wieder aus und wir haben eine Steigerung im Pflegebereich um 8,6 Millionen Euro. Das ist kein großer Aufreger, aber mir ist wichtig, dass wir hier eine menschenwürdige Pflege schaffen und menschenwürdige Pflege kostet Geld und ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Wir wollen den Pflegeschlüssel verbessert haben, wir wollen auch das Pflegepersonal entsprechend bezahlen. Pflegestärkungsgesetze haben wir engagiert begleitet, die Pflegegrade sind in 5 aufgeteilt worden. Es ist eine gewaltige Veränderung, diese wurde von unserer Seite hoch engagiert begleitet worden.

In der Eingliederungshilfe für Menschen mit seelischer, geistiger und körperlicher Behinderung erwarten wir ein Plus von 56,1 Mio. Euro.

Auch hier ist der Wert wieder hauptsächlich begründet mit der Fallzahlsteigerung und den Tarifierhöhungen. Aber auch Inklusion will bezahlt werden. Stärkere Ambulantisierung in Wohnformen zum Beispiel bringt oft höhere Kosten mit sich als große vollstationäre Einrichtungen.

Unser Krisendienst Psychiatrie, der in diesem Jahr ab 01.10. flächendeckend in ganz Oberbayern ans Netz gegangen ist, ist auch eine Einrichtung, die nicht zwingend notwendig ist. Aber wir übernehmen Verantwortung für unsere Bürger und wollen Verbesserungen schaffen für Menschen in psychischen Notlagen. 7,4 Millionen Euro haben wir eingesetzt und werden nicht müde, die finanzielle Beteiligung von denen zu fordern, die durch die niederschwellige Krisenintervention finanziell profitieren. Im Oktober nahmen 1.180 Menschen die Hilfe des Krisendienstes in Anspruch. Eine beängstigende Zahl.

So sehr wir mit der Krisenintervention zufrieden sind, so wenig zufrieden sind wir mit der öffentlich-rechtlichen Unterbringung. Hier darf keine Vermischung von Maßregelvollzug und psychisch Kranken stattfinden. Da sind wir deutlich anderer Meinung als das Sozialministerium.

Jetzt zum PsychKHG: Im Bereich des Bundesteilhabegesetzes haben wir vor gut zwei Jahren das 5-Eckpunkte-Papier diskutiert. Viele Punkte daraus sind berücksichtigt worden. Einkommens- und Vermögensgrenzen wurden nach oben geschraubt, damit Menschen mit Behinderung nicht benachteiligt werden. Auch der Bereich Budget für Arbeit wurde in diesem BTHG mit aufgenommen. Die Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen müssen ab 2020 getrennt werden. Dies ist notwendig, damit Menschen mit Behinderung nicht stigmatisiert werden, wenn sie eine größere Wohnung benötigen.

Einige Dinge nur zum Bundesteilhabegesetz. Wir sind froh und dankbar, dass es gekommen ist. Nur mit dem Bereich Schulbegleiter bin ich nicht zufrieden. Die Schulbegleitung ist nach wie vor ein großes Problem in der Eingliederungshilfe. Dies gehört nicht in die Hände des Sozialhilfeträgers, sondern in die Betreibereinrichtung, entweder zum Kultusministerium oder Sachaufwands-träger. Obwohl wir von Inklusion sprechen, wird hier teilweise wieder die Exklusion gelebt. Wenn ich einem Schulkind eine Schulbegleitung zur Seite stelle, ist es nicht mehr Teil der Klasse, sondern wird von jemand betreut und begleitet.

Soviel zum Sozialen. Haushalt bedeutet auch Geld für Investitionen. Auch in der Vergangenheit haben wir viele Investitionen angepackt. Unsere Besprechungs- und Sitzungssäle stehen in der Endphase der Fertigstellung. Ich hoffe auf die Einweihung im nächsten Frühjahr. Brandschutz im ganzen Gebäude, Barrierefreiheit, Umbau des Foyers usw. sind Projekte, die im nächsten Jahr fertiggestellt werden.

Was mich auch erfreut, ist das Eingangsgebäude auf der Glentleiten. Nach heutigem Stand sind wir nach wie vor im Kosten- und Zeitplan, und das trotz Firmenpleiten und teurerer Angebote. Und so Gott will, liebe Freunde, gibt's am 19. März den Josefibock, der im Januar eingebraut wird. Wir freuen uns auf die Saisonöffnung am 19. März 2018 auf der Glentleiten und auf die Verkostung des Bieres.

Genau vor einem Jahr habe ich den größten Auftrag meines beruflichen Daseins unterschrieben: ein Auftrag von 33 Millionen für die Generalsanierung im Berufsbildungswerk. Auch hier wieder meine klare Ansage, gerade wegen Inklusion brauchen wir Berufsbildungswerke. Wir machen junge Menschen fit, die Handicaps haben, damit sie einen Beruf erlernen können um dann auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Arbeit zu finden.

Ich möchte unserer Kämmerei, lieber Herr Getzlaff, liebe Frau Hirschhuber, herzlichen Dank sagen für die professionelle Vorbereitung, das Zusammenführen, das Durchfinanzieren dieses riesen Zahlenwerks von 1,9 Milliarden Euro.

Unser Leiter des Baureferats, Herr Engelbrecht wird uns Anfang nächsten Jahres verlassen und in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Auch unser Herr Brinckmann wird sich im nächsten Jahr in den Ruhestand begeben. Wir bedanken uns bei beiden für die langjährige Arbeit und Begleitung. Die Verabschiedung selber ist im März eingeplant. Wir wollen dann das Baureferat, welches zur Querschnittsverwaltung gehört, von der Abteilung III in die Abteilung I umsiedeln. Damit sind Kämmerei, Liegenschaftsverwaltung, Bauherrenvertretung und Baureferat in der gleichen Abteilung angesiedelt. Das macht Sinn.

Parallel dazu wollen wir die Abteilung III zu einer reinen Kultur- und Bildungsabteilung umgestalten. Ich verspreche mir davon, dass wir mit unseren großartigen Museen, den Fachberatungen und dem Kulturreferat noch deutlicher nach außen auftreten und noch stärker einen gemeinsamen, spezifisch oberbayerischen Kulturbegriff herausdestillieren können.

Die Person an der Spitze dieser Abteilung hat die anspruchsvolle Aufgabe, die Vielzahl unserer kulturellen Leistungen und Angebote weiterzuentwickeln, zu bündeln und einen Mehrwert zu bringen. Das ist eine große Aufgabe. Gestern haben dazu bereits Vorstellungsgespräche stattgefunden, morgen geht es weiter und am kommenden Dienstag wird im Personalausschuss entschieden, wer diese Stelle übernehmen kann.

Wir haben die letzten zehn Jahre in der Kulturarbeit unheimlich viel geleistet. Wenn ich nur dran denke, was früher die oberbayerischen Kultur- und Jugendkulturtage waren und was heute ZAMMA ist. Bei den damaligen Kulturtagen wollten wir kulturellen „Provinzen“ Leben einhauchen. Das hat sich deutlich verändert. Heute sind wir mit ZAMMA zu einem inklusiven Mitmachfestival geworden. Und überall dort, wo wir sind, sind begeisterte Menschen dabei, alle Bereiche der Gesellschaft. Ob jung, ob alt, ob mit oder ohne Behinderung, ob Einheimische oder Flüchtlinge. Alle machen mit, alle sind dabei. Und das ist genau die Botschaft, die wir mit unserem ZAMMA rüber bringen wollen. Auch die Nachhaltigkeit ist uns wichtig und wertvoll. Wir begleiten die Kommunen finanziell noch die nächsten Jahre. Eine tolle Idee in unserem kulturellen Aufgabenfeld.

Eine weitere Aufgabensäule möchte ich ansprechen. Wir haben vor kurzem 10 Jahre Kliniken des Bezirks Oberbayern gefeiert. Damals eine weise Entscheidung, dass wir unseren Auftrag für die psychische Gesundheit der Menschen Oberbayerns mit unseren Kliniken in ein eigenes Kommunalunternehmen ausgelagert haben.

In früheren Zeiten war im Haushalt immer für jede Klinik mindestens eine Haushaltsstelle geplant – Trägerbudget. Diese Haushaltsstelle finden Sie seit Jahren nicht mehr, weil unsere Kliniken hochklassige Arbeit leisten. Ein großes Lob und großen Dank für die Arbeit an den Vorstandsvorsitzenden Herrn Spuckti. Wir sind in Oberbayern mit kbo nahezu flächendeckend vertreten, mit Institutsambulanzen, mit Tagkliniken und mit stationären Einrichtungen. Vor zehn Jahren waren es unter 5.000, heute sind es 6.700 Beschäftigte. Die Medizin ist wesentlich besser geworden und durch unsere Hände laufen pro Jahr etwa 110.000 Menschen, die Hilfe brauchen. Auch dafür ein herzliches Dankeschön an Herrn Spuckti und an die ganze Mannschaft für die tolle Leistung.

Eine weitere Herausforderung rückt zunehmend stärker in den Fokus, nämlich die Beschaffung von Wohnraum für unsere Beschäftigten im klinischen Bereich, aber auch für unsere Mitarbeiter in der Verwaltung. Hier haben wir Gott sei Dank die Oberbayerische Heimstätte und das Deutsche Heim. Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen. Unsere Oberbayerische Heimstätte ist die Wohnungsgesellschaft und das Deutsche Heim die Bauträgergesellschaft. Von 1996 bis 2005 sind 881 Wohnungen saniert und zur Verfügung gestellt worden, von 2006 bis 2017 waren es 2.174 Wohnungen. Das Deutsche Heim wird von 2018 bis 2023 immerhin 225 neue Wohnungen bauen und auf den Markt geben.

Ich hoffe, dass wir in der bezirklichen Verantwortung immer dort helfen, wo Hilfe notwendig ist. Wir machen dies mit großem Engagement, mit großem Wissen, mit großer Perfektion. Ich darf ich mich bei allen, die hier mitgewirkt haben und mitwirken nochmal ganz, ganz herzlich bedanken.

Ich bitte Sie, dem Haushalt, der noch der Entwurf ist, Ihre Zustimmung zu geben, bei den Einnahmen und Ausgaben jetzt ganz genau 1.892.900.000,-- Euro und im Vermögenshaushalt 36,07 Millionen. Eine gewaltige Summe, die knapp die 2 Milliarden Grenze erreicht. Dank allen, dass wir dies umsetzen können, aber genauso Dank an unsere Umlagezahler. Wir können jedem Umlagezahler deutlich machen: das Geld, das er uns gibt, uns anvertraut, ist notwendig, ist bestens angelegt und es kommt genau den Menschen zugute, die in der Gemeinde, im Landkreis wohnen.

Das sollte das Schlusswort sein. Ich bitte Sie, dem Haushalt Ihre Zustimmung zu geben, damit wir die Rahmenbedingungen für das nächste Jahr gemeinsam steuern und schaffen können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Josef Loy

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
verehrter Herr Bezirkstagspräsident und Präsident des Bayerischen Bezirkstags,
verehrter Herr Vizepräsident, verehrte Frau Vizepräsidentin,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der großen Bezirksfamilie von Oberbayern,
verehrte Bezirksrätinnen und Bezirksräte,
verehrte Damen und Herren.

Aufrecht und den Blick nach vorne gerichtet, so stehen wir im Bezirkstag von Oberbayern vor dem Erreichten in diesem Jahr und vor den Herausforderungen im kommenden Jahr.

Wir brauchen uns nicht zu ducken und den Kopf zu senken. Nein, wir haben alle zusammen wieder viel auf den Weg gebracht und unser Einsatz für die uns anvertrauten Menschen in Oberbayern hat sich wiederum gelohnt. In der kommunalen Familie sind wir auf Augenhöhe eingebunden und tragen mit unserer Offenheit und Transparenz mehr und mehr zum Verständnis unserer Aufgaben bei. Ganz wesentlich liegt das bei unserem Bezirkstagspräsidenten. Dafür unser Dank und unsere Anerkennung.

Leider ist das beim Verteilen der Finanzmittel oft nicht zu erkennen. Gerade bei der Verteilung der Bundesmilliarden haben wir erlebt, wie die jeweilige Betroffenheit der Ebenen unterschiedlich gewichtet wird. Ja, sogar der Neid auf vermeintlich finanzstarke Kommunen hat zur Entscheidung geführt, dass der Anteil aus der fünften Milliarde an Bayern in die Schlüsselmasse geschüttet wurde.

Eine seltsame Entscheidung, weil wir doch allesamt wissen, dass die Menschen mit Behinderung sich nicht nach der Finanz- und Steuerkraft der Kommunen in Bayern verteilen.

Ändern können wir nichts. Die Verteilung ist so gewollt und auch so zu akzeptieren. Das bedeutet aber im genauen Betrachten der Lage auch, dass wir als umlagefinanzierte Ebene unsere Mittel von den Gemeinden, den Landkreisen und den kreisfreien Städten einsammeln werden und einsammeln müssen. Trotzdem sind wir dankbar, dass der Bund sich jährlich mit fünf Milliarden an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligt und die kommunalen Kostenerbringer so wenigstens ein Stück entlastet. Schauen wir einmal genau hin.

Unser Gesamthaushalt für 2018 hat ein Volumen von 1,93 Mrd. Euro, davon im Einzelplan 4 - Soziales- 1,52 Mio. Euro.

Aus dem Finanzausgleichsgesetz FAG Art. 15, erhalten wir für 2018 71,8 Mio. Euro.

Aus den Bundesmilliarden erhalten die Kommunen in Oberbayern ca. 280 Mio. Euro, also zusammen ca. 351,8 Mio. Euro. Das bedeutet, der Anteil aus Bund, über die Bundesmilliarden und aus dem Land, über die FAG 15 zusammengekommen, reicht für 23,2 % der Sozialausgaben, oder umgerechnet auf die täglichen sozialen finanziellen Verpflichtungen ca. 83 Tage. Die reinen Art. 15 FAG Mittel reichen nur 17 Tage.

Ab dem 25.3., kurz nach Josefi, sammeln wir den ungedeckten Bedarf über die Umlage bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten ein. Dazu eine Nachricht an die Gemeinden und kreisfreien Städte: Die Verteilung der Bundesmilliarden dient der Entlastung für die Kosten der Eingliederungshilfe, also Hilfen für die Menschen mit Behinderung. Die 280 Mio. Euro sammeln wir nicht nur 2018, sondern auch künftig jährlich ein.

Dazu ein Appell an unseren Freistaat. Die Aufwendungen für die sozialen Aufgaben, weitgehend durch Gesetze und Ausführungsbestimmungen geregelt, steigen jährlich um ca. 70 Mio. Euro an. Wir fordern deshalb einen dynamischen Anstieg der Mittel aus dem Finanzausgleich, entsprechend dem Anstieg der sozialen Bedarfe. Dazu auch ein Appell an unsere Bundesregierung, die hoffentlich bald gebildet ist.

Die 5 Milliarden für die Kosten der Eingliederungshilfe müssen auch dynamisiert werden, denn die Aufwendungen steigen durch Tarifierhöhungen, Anstieg der Sachleistungen, erweiterte Leistungsangebote ständig an. Bleiben diese dynamisierten Anpassungen aus, sind die Kommunen noch mehr gefordert.

Die Appelle dürfen nicht allein aus den Bezirken kommen, sondern müssen aus allen Kehlen der kommunalen Ebenen in Richtung Freistaat und Bund gerichtet werden. Da bleibt für uns alle noch viel zu tun.

Wir lassen nicht locker und fordern mehr Finanzausstattung aus Land und Bund ein.

Wir haben in den letzten Wochen unseren Bezirkshaushalt für Oberbayern in allen Gremien, in allen Ausschüssen und Fachbereichen vorbereitet und vorberaten.

Heute ist die finale Abstimmung. Für die gute, fundierte und transparente Ausarbeitung des Haushaltes gilt unser großer Dank der Kämmerei, Ihnen Herr Getzlaff mit Frau Hirschhuber und der ganzen Finanzabteilung. Sie haben die Richtung vorgegeben und dabei um Disziplin bei allen geworben, damit eine realistische und vertretbare Ausgabenpolitik gefahren werden kann.

Werfen wir noch einige Blicke auf das umfangreiche Haushaltswerk. Die vielfachen Aufgaben unseres Bezirkes können nur von vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung erledigt werden. Der Anstieg im Personalbereich ist gerechtfertigt und letztlich im Tarifvertrag, der Besoldungserhöhung und in der Stellenmehrung begründet. Allein für die Übernahme der ambulanten Pflege von den Landkreisen und kreisfreien Städten sind zusätzlich 60 Personalstellen eingeplant, die nach Bedarf gestellt werden.

Letzte Woche haben wir im Bezirksausschuss, im Rahmen der Fortschreibung des Gleichstellungskonzeptes gehört, wie flexibel die Arbeitszeit geregelt ist, mit unzähligen Modellen, die gerade Familien und vielfach auch den persönlichen Lebensbedürfnissen entgegen kommt. Diese Regelungen sind notwendig und gerechtfertigt, um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten, bzw. Neue gewinnen zu können. An dieser Stelle ein Dank an die Personalverwaltung, an unsere Gleichstellungsbeauftragte und alle, die dort Verantwortung tragen.

Im kommenden Jahr finden Landtags- und Bezirkstagswahlen statt. Auch dafür sind entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt. Ein für uns alle befriedigendes Wahlergebnis wünschen wir uns dazu.

Neben dem Personalbedarf sind auch Aufwendungen für unser Verwaltungsgebäude notwendig. Dachsanierung mit Sanierung der Versammlungsräume, sowie der Brandschutz werden uns auch weiterhin begleiten und dienen einer zukunftsfähigen und nach vorne gerichteten Verwaltung. Freuen wir uns schon heute über die geplante Eröffnung der Versammlungsräume im April 2018 und der dabei geplanten Lichtführung auf der Süd-West-Seite.

Im Bereich unserer Schulen bleiben die Ansätze nahezu unverändert und somit auch leistungsfähig.

Allerdings im Investitionsbereich sind wir auch weiterhin stark gefordert. Im Schulzentrum Johanneskirchen brauchen wir digitale Höranlagen. Und die große Sanierungsmaßnahme des Berufsbildungswerkes wird weiterhin den Haushalt fordern, wenngleich wir die letzten Jahre schon erhebliche Mittel in der Finanzplanung bereitgestellt haben. Eine Baumaßnahme mit diesem Umfang wird uns immer wieder herausfordern, mit neuen Erkenntnissen und Erfordernissen, die mit dem Generalübernehmer abgestimmt werden müssen.

Dazu brauchen wir gute und fundierte Vertragsgrundlagen und auch entsprechende Verhandlungen der Bauverwaltung, die nur begründete Mehrleistungen akzeptiert.

Auch die Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt wird uns die nächste Zeit noch begleiten. Hängt doch der notwendige Ersatzneubau nur noch am Faden der Stellplätze. Stellplätze entscheiden über den baulichen Förderbedarf der Kinder. Manchmal ist es schon fraglich, wo die Prioritäten gesetzt werden.

In der Außenpräsenz unseres oberbayerischen Bezirkes spielt die Kulturarbeit eine wesentliche Rolle. Auch hier leisten wir doch eine hervorragende Arbeit, in der Kulturabteilung, in unseren Fachbereichen Heimatpflege, Volksmusik, Trachten/Bekleidung, Fischerei und Imkerei. Dafür unser herzlichster Dank.

Mit Spannung erwarten wir die Eröffnung unseres neuen Eingangsgebäudes auf der Glentleiten. Bodenständige und landschaftsgebundene Architektur müssen mit Leben gefüllt werden. Das wird gelingen mit ansprechendem Empfang, mit besuchergerechten Informationen, mit regionaler Gastronomie, mit unserem dort gebrauten Bier und mit familienfreundlicher Gastlichkeit. An Josefi, im März 2018, werden wir dazu den Startschuss geben.

Das ZAMMA-Fest in Haar war rundum gelungen und das nächste Fest in Garmisch-Partenkirchen ist in Planung. Dank an alle Akteure.

Ein Kriminalroman in leichter Sprache und eine neue Bezirkschronik, dienen ebenfalls zur Identität unserer Arbeit und strahlt nach außen.

Die größte Herausforderung unserer täglichen Arbeit liegt jedoch im sozialen Bereich, dem Einzelplan 4, Soziales und Jugend. Der Gesamthaushalt steigt von 1,39 auf 1,52 Mrd. Euro. Wenn wir zunächst das Thema unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene außer Acht lassen, dann liegt der Mehrbedarf bei ca. 74 Mio. Euro. Diese Steigerung können wir allein durch die Umlage- bzw. Steuerkraftsteigerung in Oberbayern auffangen. Das führt nicht zu einer direkten Umlageerhöhung.

Allein die Sonderfaktoren verursachen den Umlagemehrbedarf 2018.

Um welche Sonderfaktoren handelt es sich:

- 1) Es sind die Aufwendungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und junge Volljährige, sowie die Abrechnung der Altfälle bis zum Jahr 2015.
- 2) Es ist die Übernahme der ambulanten Pflege, die bisher von den Landkreisen und kreisfreien Städten gewährt wurde.
- 3) Es sind die zusätzlichen Aufwendungen aus der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes auf ein Bayerisches Teilhabegesetz.
- 4) Es sind die zusätzlichen Aufwendungen aus der weiteren Entwicklung und Umsetzung der Inklusion.

Wenn wir ein Stück in den sozialen Haushalt einsteigen, so können wir durchweg erkennen, dass die Personenzahl der Menschen, die Hilfe brauchen, stetig ansteigt. Eine Entwicklung, die wir so akzeptieren müssen. Oberbayern wächst und damit auch der Bedarf an Hilfeleistungen. Im Bereich der Hilfe zur Pflege versorgen wir über 15.000 Frauen und Männer.

Im Bereich der Hilfe für Menschen mit Behinderung über 47.000 Frauen und Männer im Kinder-Jugend- und Erwachsenenalter. Also in allen Lebensphasen bieten wir zusammen, mit allen Leistungserbringern und allen Einrichtungen der Behindertenhilfe Versorgungsstrukturen an den Einzelnen, helfen eine entsprechende Teilhabe am täglichen Leben zu gewährleisten. An dieser Stelle ein Dank an alle unsere Partner im sozialen Dienst an den Menschen. Ein Dank an unsere Sozialverwaltung für die vielfältige Arbeit und die oft nicht leichten Entscheidungen zum Wohl der Menschen.

Dass dabei der individuelle Hilfebedarf im Mittelpunkt steht und stehen bleibt, ist selbstverständlich und muss weiter entwickelt werden. Dazu zählt auch das Fallmanagement, das wir weiter ausbauen wollen. Auch der Grundsatz, ambulant vor stationär, ist uns sehr wichtig und dient der wohnortnahen, familiennahen Versorgung.

In der Haushaltsübersicht sind die einzelnen Hilfearten, ambulant, teilstationär und stationär, übersichtlich dargestellt und bieten somit einen Einblick in die Vielfalt der Hilfearten und in die Entwicklungsprognosen. Im Bereich der delegierten Aufgaben erkennen wir eine Steigerung um über 62,0 Mio. Euro.

Das ist wesentlich in der Übernahme und Delegation der ambulanten Pflege ab 1.3.2018 begründet.

Derzeit fragen wir die Landkreise und kreisfreien Städte über diesen Leistungsumfang ab, um nach und nach den Umstieg sicherer zu planen und zu vollziehen.

Ab dem 01.01.2019 sind wir dann vollumfänglich zuständig. Diese neue Aufgabe werden wir sicher genauso gut meistern, wie die Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfen. Wir hoffen dass sich die dadurch entstehende finanzielle Entlastung in den Landkreisen, auch auf die Gemeinden durchschlägt. Wir hören jedoch unterschiedliche Betrachtungsweisen, vor allem, dass die Entlastung im Einzelfall der Kreishaushalte nicht sehr wesentlich sei.

Ein großer Erfolg im ganzen Bezirk Oberbayern ist das Angebot „Krisendienst“ geworden. Mittlerweile ist ganz Oberbayern abgedeckt und die Inanspruchnahme des Krisendienstes steigt monatlich an. Hilfe durch das Gespräch, die Zuwendung an den Hilfesuchenden durch aufsuchende Fachdienste verhindern oft einen Klinikaufenthalt, der doch immer für jeden Menschen eine besondere Belastung darstellt. Wünschen würden wir uns noch eine partnerschaftliche Unterstützung durch den Freistaat und vor allem, durch die Krankenkassen. Im PsychKHG wird der Krisendienst verankert, hoffentlich damit auch entsprechende finanzielle Mittel. Die Krisendienstinitiative aus dem Bezirk Oberbayern hat sich gelohnt und ist beispielgebend für ganz Bayern und darüber hinaus. Ein besonderer Dank an den Vorkämpfer, unseren Präsidenten.

Und nicht nur im Erwachsenenbereich, nein auch im Kinder- und Jugendbereich ist der Krisendienst zur erweitern. Dank kbo ist hier der Anfang schon gemacht. Mit der Förderung der freien Wohlfahrtspflege unterstützt der Bezirk Oberbayern mit über 85,0 Mio. Euro die Dienste, Beratungen und Hilfsangebote. Eine gewaltige Summe, die gut und erfolgsversprechend bereit gestellt wird.

Zum Thema Kinder- und Jugendhilfe sollen hier auch noch ein paar Sätze gesagt werden. Vorangestellt möchte ich feststellen, dass die Leistungen im Bereich Asyl nicht Aufgabe der kommunalen Ebene ist, Asyl ist Bundes- und Länderaufgabe. Jedoch im Rahmen der Zuständigkeitsregelung sind die Bezirke für die unbegleitete Minderjährigen und junge Volljährige verantwortlich. Wünschen würden wir uns, dass auch die entsprechenden Finanzmittel zur Aufgabenerfüllung von Bund und Land an die Bezirke fließen. Das tun sie nur in begrenztem Rahmen.

Und jetzt liegt uns die Abrechnung der Altfälle bis 31.10.2015 vom Bundesverwaltungsamt, in Höhe von ca. 64 Mio. Euro vor. Eine gewaltige Summe, die ca. 0,8 Pkt. Umlage ausmacht. Der Bezirk Oberbayern und der Bezirkstag sind hier gefordert, eine für alle tragbare und vor allem letztlich finanzierbare Lösung zu finden. Dabei muss ein Appell an die Staatsregierung gerichtet werden, dass die Bundesmittel für Asyl, die in Bayern ankommen, uns angerechnet werden. Ebenso ein Appell an das Sozialministerium, dass uns die Bewältigung der Aufgabe für junge Volljährige nach dem 1.11.2015 angerechnet wird. Die Verhandlungen werden sicher nicht leicht, aber wir fordern eine gerechte und tragbare Lösung dieser Aufgabe, gerade im Blick auf die tatsächliche Zuständigkeit. Und wir fordern eine gleichmäßige Verteilung der Lasten in Bayern auf alle Bezirke. Dazu unserem Präsidenten und Präsident des Bezirkstags viel Glück bei den Verhandlungen.

kbo - Kliniken des Bezirks Oberbayern, eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte, schon 10 Jahre lang. Wer hätte das vorher gesehen. Mit Mut, Verantwortung und hoher Professionalität begann die Geschichte vor 10 Jahren und hat sich in allen Bereichen bewahrheitet. kbo ist ein Erfolg, kbo steht unter einem guten Stern und kbo ist Motor in Sachen Psychiatrie für Oberbayern, Bayern und darüber hinaus. Weiterentwicklung der Regionalisierung, näher zu den Menschen, wohnortnah und familiennah, das wird uns gemeinschaftlich immer mehr herausfordern. Kleinere Einheiten, kleine-

re Kliniken, zuverlässig mit Qualität und Wirtschaftlichkeit zu führen, ist eine besondere Aufgabe, der wir uns stellen.

Notwendige Entscheidungen für eine erfolgreiche Zukunft im Investitionsbereich und Personalbereich waren heuer zu treffen und reichen in die nächste Zeit. Es waren gute Entscheidungen zum Wohle unseres Unternehmens und im großen Vertrauen auf all unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Klinikbereichen.

Besondere Leuchtpunkte waren sicher die Eröffnung weiterer moderner Klinikgebäude in Haar, damit das Szenario Haar II zu Haar I abgeschlossen werden kann, die Eröffnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit Gerontopsychiatrie in Landsberg am Lech, die Tagesklinik in Agatharied, der Beginn der großen Baumaßnahme in Wasserburg und das Fachsymposium vor wenigen Tagen im israelitischen Kulturzentrum am Jakobsplatz. Dass diese Entwicklung unserer Kliniken so gelingt und auch weiterhin auch gelingen kann, liegt auch am Führungsteam, an der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen kbo und Bezirk und den unternehmerischen Entscheidungen im Verwaltungsrat.

Ein besonderer Dank an unseren Vorstand Herrn Martin Spuckti und an Frau Dr. Margitta Borrmann-Hassenbach für den großen Einsatz. Wir alle stehen zuverlässig an Ihrer Seite und an der Seite der Menschen, die unsere Kliniken brauchen. Dieser Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen Kliniken und den verschiedenen Betätigungsfeldern.

Heuer ist auch die Planung zum Kinderzentrum, mit Umbau und Erweiterung, ein großes Stück vorangekommen. In vielen Planungsgesprächen ist es doch gelungen, alle Wünsche, Notwendigkeiten für die weitere Zukunft und die Akademie, unterzubringen. Jetzt kann die Umsetzung geplant werden und dann werden wir uns auch mit den tatsächlichen Kosten auseinander setzen. Uns ist bewusst, dass das Kinderzentrum diese gewaltige Aufgabe nicht allein bewältigen kann und dass der Bezirk aus eigener Kraft ein großes Stück beitragen muss. Vorausschauend sind dazu auch Mittel für 2018 eingeplant. Diese Herausforderung werden und müssen wir gemeinschaftlich meistern.

Genauso meistern werden wir das neue Entgeltsystem mit seinen Auswirkungen für unsere Kliniken und deren Personalausstattung. Wir haben die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft, Frau Dr. Borrmann-Hassenbach, in unseren Reihen und sind somit bei Verhandlungen gut aufgestellt.

Noch zwei Anmerkungen zu unseren Bildungseinrichtungen. Abschluss der Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten am Agrarbildungszentrum in Landsberg am Lech.

Damit ist diese Bildungsstätte gut aufgestellt für die künftigen Anforderungen an die unterschiedlichen Berufsbilder und auch der Internatsbereich ist für die Ansprüche unserer Studierenden gut gerüstet.

Unser Kultur- und Bildungszentrum im Kloster Seeon liegt uns besonders am Herzen. Das vorliegende Zukunftskonzept muss Schritt für Schritt umgesetzt werden. Vor allem der Zugangsbereich mit dem Café Leuchtenberg bedarf der zügigen Umsetzung, damit unsere Besucher, vor allem die Tagesgäste, versorgt und umsorgt werden können. Auch die Belegungszahlen gehen nach oben, die Angebote für Übernachtung und Kulturgenüsse lassen dies vermehrt zu. Damit wird unser Kloster Seeon gut genutzt, hat somit auch entsprechende Auslastung und strahlt auch nach außen. Ein Dank an die Seeoner Frau- und Mannschaft mit der Werksleitung für den Einsatz über's ganze Jahr hinweg.

Das geplante Arbeiter- und Industriemuseum macht Fortschritte. Im Arbeitskreis geht es Schritt für Schritt voran und auf Grundlage des vorliegenden Konzeptes kann zielorientiert weiter geplant werden. Ein Dank an alle Verantwortlichen für das erbrachte Engagement.

Noch ein Wort zu unserer Baugesellschaft Oberbayerische Heimstätte und Deutsches Heim. Hier wird mit großer Verantwortung und Weitsicht der Erhalt und die Modernisierung unserer Wohnungen, sowie die Neuerrichtung von Wohnraum, zu verträglichen Mietpreisen, voran gebracht. Verträgliche Mietpreise, gerade im Großraum München, eine äußerst wichtige Aufgabe. Gerade wenn wir auch an unseren Personalbedarf in den Kliniken und Verwaltungen denken.

Unser Haushaltswerk mit Finanzplanung für's kommende Jahr steht. Der Stellenplan beinhaltet alle Erfordernisse für eine schlagkräftige Verwaltung.

Die Rücklagen sind nach allgemeiner Diskussion von außen und von innen auf das notwendige Maß abgeschmolzen. Somit kann der Vorwurf unterbleiben, wir würden Mittel, die der Entlastung der Kommunen dienen, zurückhalten.

Der Schuldenstand verringert sich bis Ende 2018 auf knapp 9,0 Mio. Euro. Das ist sehr beruhigend im Blick auf die übrige kommunale Familie und öffentliche Hand, die in diesem Bereich oftmals mit höheren Lasten leben müssen.

Wir haben keine neue Kreditaufnahme geplant. Ein Grundsatz, der schon viele Jahre gilt.

Wir gehen kostenbewusst mit unseren Finanzen um. Einer Umlagenerhöhung um 1,5 Punkte stimmen wir von der CSU-Fraktion zu.

Ein herzliches Vergelt's Gott möchte ich im Namen unserer Fraktion an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücken, die sich tagaus tagein um die Belange des Bezirkes kümmern:

- an die Finanzabteilung mit Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber
- an die Presse und Öffentlichkeitsabteilung mit Frau Büllesbach
- an die Hauptverwaltung mit Herrn Dr. Bruckmann
- an die Kulturabteilung mit Herrn Brinkmann
- an die Sozialverwaltung mit Herrn Bertenbreiter
- an die Bauverwaltung mit Herrn Engelbrecht
- an alle Einrichtungs- und Fachbereiche mit ihren Leitungsteams
- an unser kbo-Unternehmen mit ihren Vorständen, Herrn Spuckti und Frau Dr. Borrmann-Hassenbach
- an unsere Baugesellschaft OH und DH mit Herrn Zaigler

Ein besonderer Dank an unseren Bezirkstagspräsidenten, seinen Stellvertretern und seiner Führungsebene, für die stets professionelle Leitung unseres großen Bezirks Oberbayern.

Dank an unsere Kooperationspartner der SPD-Fraktion für die partnerschaftliche und zielorientierte Zusammenarbeit. Wünschen wir uns diese Zusammenarbeit auch auf anderen Ebenen. Dank an alle Kolleginnen und Kollegen im Bezirkstag für die Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Uns allen bei den anstehenden Nominierungen und Wahlen im kommenden Jahr Glück und Erfolg.

Gemeinsam mit der CSU-Fraktion wünsche ich Ihnen noch einen besinnlichen Advent.

Für Weihnachten Friede und Geborgenheit in Ihren Familien und Gemeinschaften.

Bleiben wir wachsam für die Menschen, die anklopfen und Hilfe suchen.

Bleiben wir wachsam für die Bedürfnisse unserer Heimat und unseres Bezirkes.

Für das kommende Jahr 2018 wünsche ich Ihnen allen stabile Gesundheit, Mut und Kraft für all Ihre Vorhaben und unsere Aufgaben, klaren Geist, Hoffnung und Optimismus, sowie Freude an der Entwicklung unseres Bezirks Oberbayern.

Gottes Segen für uns alle, unsere schöne und lebenswerte Heimat und unseren Bezirk Oberbayern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Helga Hügenell

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Brunner, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich werde im Namen der SPD Fraktion zum Haushalt 2018 Stellung nehmen.

Als erstes geht unser Dank an die Kämmerei, an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, sowie das ganze Team, aber auch an alle Verhandlungspartner/innen in Referaten und Einrichtungen für das Verständnis, dass nur maßvolle Erhöhungen bei der Haushaltssituation möglich sind. Herr Getzlaff hat unserer Fraktion die Planungen und Veränderungen vorgestellt und erläutert und unsere Fragen hinreichend beantwortet. Der vorliegende Haushalt sieht eine Entnahme aus der Rücklage von 32,5 Mio. vor, damit verbleibt eine Mindestrücklage von 16,1 Mio., ein „weiter so“ bei künftigen Haushaltplanungen wird es also nicht geben. Wir hätten gerne weniger Rücklagemittel eingesetzt. Herr Getzlaff konnte unsere Bedenken zerstreuen, da die Gelder in den Investitionshaushalt fließen. Positiv sei erwähnt, dass wir weiter Schulden abbauen. Aktueller Schuldenstand zum Ende 2017 10,8 Millionen. Nur zur Erinnerung: die Schulden lagen im Jahr 2005 bei 122 Millionen, trotzdem haben wir viele politische ausweitende Akzente gesetzt.

Eine Erhöhung der Umlage um 1,5 Punkte auf dann 21 % ist unumgänglich. Die Erhöhung wäre noch etwas höher ausgefallen, wären nicht endlich die FAG Mittel erhöht worden. Sie haben allerdings eine nachgeordnete Rolle wegen der hohen Umlagekraft. Aus unserer Sicht müssten die FAG Mittel deutlich angehoben werden – entsprechend der steigenden Pflichtausgaben und über andere Berechnungsmethoden nachgedacht werden.

Was sind die Hauptgründe für die notwendige Umlageerhöhung?

Da ist zum einen die Übernahme der ambulanten Pflege und die Kostensteigerung bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Die dafür bereitgestellten Bundesmilliarden fließen allerdings an die Kommunen.

Zum anderen ist es die Kostenerstattung für junge Volljährige, die wird uns auch im Jahr 2018 beschäftigen – hierfür sind im Haushalt 48,6 Mio. reiner Zuschussbedarf nach Abzug der vom Freistaat zugesagten pauschalen Beteiligung von 30 Euro täglich eingestellt. Diese Beteiligung entspricht nicht einmal dem anfallenden Kostenersatz bei einer Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft.

Zahlen belegen, dass die Ausgaben beim Freistaat für die Minderjährigen erheblich sinken, waren für 2016 noch 632 Mio. eingestellt, waren es für 2017 dagegen noch 364 Mio. Dies zeigt die Verschiebung ins Erwachsenen-Alter. Also wäre es dem Freistaat durchaus möglich, die gesamten Kosten der Volljährigen zu tragen.

Wir als SPD bekräftigen unsere Aussage: wir wollen keine Jugendhilfe light. Junge Flüchtlinge brauchen eine gute und passgenaue Versorgung und Betreuung. Die Hilfeplanung muss auch weiterhin bei den Jugendämtern gemeinsam mit den Trägern bleiben, die sind die Experten und nah dran. Dies ist eine Investition in die Zukunft, die Folgekosten wären viel höher. Die Zahlen belegen ja, dass nur ein Teil der 18-jährigen in der Jugendhilfe verbleiben.

Wir bedanken uns an der Stelle beim Bezirkstagspräsidenten und allen Beteiligten für den erreichten Kompromiss und die Aufbereitung weiterer Erhebungen zu den tatsächlichen Tagessätzen. Die Bitte ist allerdings, die Gespräche wieder aufzunehmen im Hinblick auf die nächsten Jahre, damit die kommunale Familie spürbar entlastet wird. Die bereitgestellten Gelder des Bundes müssen da ankommen, wo die Ausgaben anfallen.

Zum Thema Schlussabrechnung des Bundesverwaltungsamts nach altem Recht mit einer Nachzahlungsforderung von 63,4 Mio. für Oberbayern halten wir es für geboten, dies überprüfen zu lassen, aber auch vorsorglich die Summe in den Haushalt einzustellen.

Im Bereich des Einzelplans 4 Soziales und Jugend steigen die Ausgaben um ca. 126,7 Mio., dies ist zum einen der allgemeinen Kostensteigerung geschuldet als auch den steigenden Fallzahlen und der Übernahme der ambulanten Pflege, Umsetzung BTHG, das wir natürlich ausdrücklich wollten, ebenso einiger politischer Entscheidungen in unseren Gremien.

Die Fallzahlen- und Kostensteigerungen bei der Hilfe zur Pflege im stationären Bereich rühren daher, weil sich immer weniger aus eigener Kraft die hohen Pflegekosten im Heim leisten können und die Pflegesätze steigen.

Es wäre notwendig, dass der Freistaat wieder Investitionskostenzuschüsse im Bereich Pflege- und Altenheime gewährt, dies würde die Pflegesätze senken und damit auch den Bezirkshaushalt entlasten oder auch eine Verbesserung in der Pflege ermöglichen. Wir halten es für richtig, dass ab März 2018 der Bezirk auch für die ambulante Pflege zuständig ist. Damit liegt die Antragsprüfung in einer Zuständigkeit. Hierfür haben wir 60 Mio. in den Haushalt eingestellt. Im Jahr 2018 ist sie noch auf die Kommunen delegiert, entlastet diese aber finanziell.

Die Berichte im Sozialausschuss zeigen, dass die Verwaltung frühzeitig in die Planung eingestiegen ist und diese hervorragend laufen. Danke für die Berechnung hinsichtlich der benötigten Personalausstattung, Erhebung der Fallzahlen und vielem mehr was nötig ist. Alleine im Personalbereich bedeutet dies die Schaffung 60 neuer Stellen. Kritisch muss begleitet werden, dass es für Einzelne mit dem Übergang nicht zur Absenkung der bisherigen Standards kommt. Wegen unterschiedlicher Lebenssituationen im ländlichen und im städtischen Raum braucht es eine sensible Sicht.

Die zweite große Herausforderung ist die stufenweise Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, um nur einige Bereiche zu nennen – Wohnen, Arbeit, Teilhabe. Dazu kommt, dass wir unsere bisherigen inklusiven Maßnahmen darauf abstimmen und natürlich fortführen wollen.

Unsere Verwaltung beteiligt sich ja auch an einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene.

An der Stelle ein großer Dank an Herrn Bertenbreiter, Frau Zieglmaier und allen Beteiligten in der Sozialverwaltung für die gute Planung und schrittweise Umsetzung der kommenden Herausforderungen.

Wir führen ja vorerst die Beteiligung am Modellprojekt Übergang von der Werkstätte auf den ersten Arbeitsmarkt fort, auch wenn die Erfolge besser sein könnten. Es gilt mehr Anreize zu schaffen, um die Teilnehmerzahl zu erhöhen. Dies ist ganz in unserem Sinn und wir hoffen, dass sich die Zahl derer erhöht, die im ersten Arbeitsmarkt verbleiben.

Ein Anstieg ist auch bei den Ausgaben für Schulbegleiter zu verzeichnen. Immer mehr Eltern nehmen diese Möglichkeit wahr, dass ihre Kinder dadurch eine Regelschule besuchen können. Schulbegleiter sollten Teil der personellen Schulausstattung sein, ebenfalls wie die benötigten Hilfsmittel – das wäre inklusiver Schulunterricht und ein Beitrag des Kulturministeriums zu „Bayern barrierefrei“.

Eines unserer weiteren inklusiven Ziele ist ja die Umsetzung dezentraler Wohnformen für Menschen mit Behinderung. Sicherlich gibt es da Erfolg zu vermelden, aber leider hat sich trotz des Freisinger Appells die Situation für Menschen mit Behinderung am Wohnungsmarkt bei dem angespannten Wohnungsmarkt nicht merklich verbessert. Dies ist sehr bedauerlich und bedarf weiterer Überlegungen. Ich denke da auch an die Oberbayerische Heimstätte mit ihrem Wohnungsbestand.

Der flächendeckende Ausbau des psychiatrischen Krisendienstes wurde im Jahr 2017 abgeschlossen, um den Menschen in Oberbayern bei einer plötzlichen psychiatrischen Krise unterstützend zur Seite zu stehen - ohne Stigmatisierung. Das Projekt ist ein großer Erfolg. Die vorgelegten Zahlen sprechen für sich. Über 1100 Anrufe im Oktober 2017. An der Stelle unser Dank allen Beteiligten, an die Sozialverwaltung - namentlich Herr Roth -, an unsere Öffentlichkeitsabteilung und an die Wohlfahrtsverbände. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass psychische Krisen auch junge Menschen treffen - hier ist die Heckscher Klinik Partner im Verbund Krisendienst.

Auf Grund der positiv gewonnenen Erfahrungen aus dem Modellprojekt Fallmanagement im Raum Rosenheim, wurde in diesem Jahr die klare politische Entscheidung getroffen, das Fallmanagement auszubauen und die dafür notwendigen Personalstellen bereit zu stellen. Die noch bestehenden kleineren Unschärfen werden durch Nachjustierungen sicherlich überwunden. Ein wichtiger Schritt zur Unterstützung Betroffener und zur Entbürokratisierung.

Im pauschalfinanzierten Bereich kann in einigen Bereichen ein Ausbau stattfinden, u.a. bei den Zuverdienstarbeitsplätzen für psychisch Kranke, wenn auch vielen Anträgen auf Ausweitung oder Neuschaffung nicht stattgegeben werden konnte. Dieses Thema müssen wir im nächsten Jahr noch behandeln.

Es wurde ja auch die Fortschreibung Psychiatrie und Suchthilfekonzept beschlossen. Wir sehen darin einen vorausschauenden Beschluss für die Herausforderungen der nächsten Jahre im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe als Vorgabe für die Ausrichtung unserer Kliniken und der Sozialplanung und Umsetzung in der Verwaltung. Als nächstes steht noch die Überarbeitung des Kinder- und Jugendpsychiatriekonzepts an. Probleme gibt es wohl immer wieder bei der zeitnahen Leistungsabrechnung für Einrichtungen, wir hoffen, dass wir dies in 2018 verbessern können.

Kommen wir zum Bereich Kultur, Schulen und Jugend:

Wir als SPD Fraktion stehen für eine Kultur- und Heimatpflege, die Traditionen bewahrt, sich aber auch dem gesellschaftlichen Wandel u.a. durch Zuwanderung stellt und eben auch inklusiv ist. Besonders hervorzuheben sind unsere hervorragenden inklusiven Ausstellungsprojekte in der Galerie, die Auflage eines Krimis in leichter Sprache und im Rückblick das inklusive Zamma in Haar.

Auch unsere Kultureinrichtungen machen sich auf einen inklusiven Weg und stellen sich den gesellschaftlichen Veränderungen. Es soll keine Schmälerung der Leistungen sein, dass ich diese nicht alle namentlich erwähnt habe.

Die Erhöhung der Mittelzuweisung an den Bezirksjugendring halten wir für notwendig, wenn auch für 2018 nur moderat. Die Herausforderungen in der Jugendarbeit sind groß, Digitalisierung, neue Medien, Zunahme des Fremdenhasses, politische Bildung etc. Wir haben hohe Ziele im oberbayerischen Kinder- und Jugendprogramm beschlossen. Nun müssen diese schrittweise umgesetzt werden, wie die politische Jugendbildung und Ausbau der Angebote der Jugendbildungsstätten.

Im Haushalt 2018 wurden auf unsere Intention hin Gelder für den Ring politischer Jugend – Oberbayern eingestellt. Der Auftrag an die Verwaltung ist es jetzt, Antragsrichtlinien zu erarbeiten.

Die umfangreiche Machbarkeitsstudie für das Arbeiter- und Industriekulturmuseum am Standort Dachau zeigt hervorragend die verschiedenen Alternativen der Umsetzung auf. Ebenfalls wird die Museumslandschaft Deutschland - Europa beleuchtet. Was eine Umsetzung ebenfalls begründet. Wir wünschen uns im nächsten Jahr konkrete Festlegungen, damit eine Realisierung näher rückt. Wir unterstützen dies als SPD ausdrücklich.

Denkmalschutz-Förderung, nachdem bekannt wurde, dass bei großen Denkmalschutzmaßnahmen die Zuschüsse des Bezirks künftig in Abzug kommen und nicht zusätzlich zur Verfügung stehen, ist es aus unserer Sicht richtig, künftig von einer Förderung abzusehen und besser in Denkmalschutzmaßnahmen zu geben, wo sie auch direkt ankommen und nicht verpuffen.

Wir hatten ja im Juli-Plenum die Förderrichtlinien Kultur neu beschlossen, allerdings mit einer Öffnungsklausel hinsichtlich der Eigenmittel. Wir werden die Ergebnisse der Beratungen zu den Anträgen erfahren und sehen was sich verändert hat.

Noch ein paar Sätze zum Zukunftskonzept Kloster Seeon.

Die Hotelauslastung hat sich positiv entwickelt - Überschüsse werden in notwendige Sanierungen investiert. Es wird vermehrt ausgebildet und auch ein Arbeitsplatz für einen Geflüchteten wurde

geschaffen. Ferner wird auf unsere Initiative ein Konzept erarbeitet zur Inklusion von Mitarbeitern mit Behinderung.

Wärmeversorgung: klares Bekenntnis weg vom Erdöl auf der Insel, Umstieg auf Hackschnitzelheizung. Inzwischen konnte der Standort Energiezentrale mit Denkmal- und Umweltbehörde geklärt werden, ein wichtiger Schritt zur Nachhaltigkeit durch regionale Brennstoffe, Biogas, wenn möglich für die Notfallversorgung.

Bienenfachberatung:

Wir als SPD lehnen die in Brüssel beschlossene Verlängerung von Glyphosat ab und hoffen auf strengere, regionale Regelungen und auf einen freiwilligen Verzicht des Bezirks auf seinen Flächen und in der Schule in Landsberg. Wir unterstützen das „certified bee friendly“ Logo und regen an, dass der Bezirk Produkte mit diesem Label einkauft und im Casino verwendet.

An der Stelle möchte ich mich noch bei Herr Brinckmann bedanken, der zum Jahresende in seinen wohlverdienten Ruhestand wechselt.

Am 20.12. entscheiden wir über die neue Leitung der Kulturabteilung. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Bewerber/innen eine Sensibilisierung für die inklusive Kulturarbeit mitbringen, damit diese fortgesetzt und weiterentwickelt wird.

Im Bezirk wird Inklusion gelebt - dies soll in allen Bereichen zur Anwendung kommen, auch bei unseren Beteiligungen, entsprechend dem Leitbild Inklusion. Dies erfüllen wir auch mit einer sehr hohen Schwerbehindertenquote.

Für uns ist eine soziale und verantwortungsvolle Personalpolitik wichtig.

Um all den skizzierten Ausweitungen und den steigenden Anforderungen, wie auch Fallzahlsteigerungen gerecht zu werden, ist insbesondere in der Sozialverwaltung eine entsprechende Personalausstattung notwendig, um einen guten Service für unsere Kunden vorzuhalten und andererseits die Arbeitsbelastung unserer Beschäftigten möglichst optimal zu gestalten. Wir tragen daher die Personalstellenmehrungen mit.

Hinsichtlich der Investitionen in Baumaßnahmen, derer einige bereits begonnen haben oder kurz davor sind, umgesetzt zu werden braucht es eine vorausschauende Investitionskostenpolitik mit einem Mehrjahresinvestitionsprogramm. Dies wurde in unserer Kämmerei hervorragend gesteuert.

Lassen Sie mich nun auf einige Bauvorhaben eingehen

Die Sanierung des Werkstattgebäudes Johanneskirchen ist mitten in der Umsetzung. Das Containerwerkstattendorf ist in Betrieb. Es gibt zwar immer wieder kleinere Schwierigkeiten, die lassen sich aber mit dem Generalsanierer ausräumen. Aber wir sind gut im Zeitplan. Dies wird sicherlich ein Ort, wo funktionelles Lernen und Arbeiten möglich ist und Freude macht.

Der Einweihung des Eingangsgebäudes Glentleiten zu Josefi 2018 steht nichts mehr im Weg. Die Verträge mit Brauerei und Gaststättenbetreiber sind auch abgeschlossen. Für die Überquerung der Straße vom Parkplatz zum Eingangsgebäude wurde eine vernünftige Lösung gefunden.

Der Umbau des Plenarsaals ist ebenfalls im Frühjahr 2018 abgeschlossen, dann kommt es nicht mehr zu Einschränkungen bei der Casinonutzung für unsere MitarbeiterInnen.

Nicht zufriedenstellend ist, dass wir mit den Planungen zum Neubau der Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt nicht wirklich weiterkommen wegen der Autostellplatzfrage.

Dazu kommen noch Bauprojekte beim Kommunalunternehmen.

Dies ist eine gewaltige Herausforderung und Leistung unserer Bauverwaltung.

Bevor ich jetzt zum Abschluss noch auf das Kommunalunternehmen eingehe, noch eine Anmerkung zum geplanten Psychiatriekrankenhilfegesetz. Der Bezirk und das Kommunalunternehmen unternehmen viele Anstrengungen und legen Wert darauf, die Stigmatisierung von psychisch Erkrankten abzubauen. Stichwort psychiatrischer Krisendienst.

Das Gesetz sollte sich unserer Meinung nach durch den Vorrang von Hilfe und Behandlung auszeichnen. Die Eckpunkte vermitteln in den Aussagen aber das Gegenteil. Die Beseitigung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist so zentral, dass der Eindruck entsteht, dass psychisch erkrankte Menschen in der Mehrzahl für andere oder sich selbst gefährlich seien. Wir bitten Sie alle, Ihre Möglichkeiten zu nutzen, dass dies nicht so festgeschrieben wird.

Nun zum Kommunalunternehmen:

Schwerpunkt waren im vergangenen Jahr die vielfältigen Baumaßnahmen, hier im Besonderen die Fertigstellung der Allgemeinpsychiatrie im IAK München Ost (Haar) und der Ausbau im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Ebenso richtungsweisend ist der Abschluss des Architektenwettbewerbes zum Kinderzentrum und hier nun die konsequente weitere Vorgehensweise in Richtung baldiger Baubeginn. Dass hier der Bezirk seiner Verantwortung bezüglich einer maßgeblichen finanziellen Beteiligung gerecht werden muss, denke ich ist Konsens für alle Parteien.

Wichtig ist auch die Weiterführung der Dezentralisierung und die Schaffung alternativer Behandlungsmethoden, da eine ständige Erweiterung der stationären Behandlungsplätze zwar erforderlich wäre, jedoch nicht zielführend sein kann. Daher wird das Angebot vermehrt mit Tageskliniken und Institutsambulanzen ergänzt. Die Planungen, wie Hometreatment, unterstützen wir natürlich.

Wie im Jubiläumssymposium dargestellt, sehen wir auch, dass das Kommunalunternehmen gut dasteht und für die Anforderungen zukunftsgerüstet ist, wenn auch das neue Abrechnungssystem die möglichen Überschüsse verringert. Diese zukünftigen Anforderungen sind jedoch nicht zu bestehen, wenn nicht das entsprechend qualifizierte Personal zur Verfügung steht und die Personalpolitik darauf ausgerichtet ist, dieses auch zu fördern und zu halten. Um dringend benötigtes neues Pflegepersonal zu gewinnen, müssen Personalgewinnungsinstrumente entwickelt werden, z.B. die Bereitstellung von Wohnraum. Uns ist es daher wichtig, dass die gute Personalpolitik auch in Zukunft weitergeführt wird.

Stellvertretend das Dankeschön an Herrn Spuckti und Frau Dr. Borrmann-Hassenbach, bitte geben Sie diesen Dank an die Beschäftigten weiter.

Wir von der SPD Fraktion finden, dass wir im Bezirkstag gut aufgestellt sind und auch im Jahr 2018 gute Vorhaben planen und neue Akzente in Richtung Inklusion gesetzt haben und setzen, aber große Herausforderungen sind sicherlich die Übernahme der ambulanten Pflege und die weitere Umsetzung des BTHG's.

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt 2018 in der vorliegenden Fassung zu.

Im Namen der SPD Fraktion bedanke ich mich bei allen Beschäftigten der Bezirksverwaltung, des kbo's, unserer Kliniken und in unseren Einrichtungen und unseren Partnern für ihren großen Einsatz, der dazu beigetragen hat, die Anliegen und Aufgaben des Bezirks im Jahr 2017 zu bewältigen und auch die Zukunft in Oberbayern zu gestalten. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein geruhiges Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und ein gutes neues Jahr.

Ebenso gilt unser Dank dem Bezirkstagspräsidenten, dem Koop-Partner und den Bezirkstagskolleginnen und -kollegen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Wir wünschen Ihnen ruhige und friedliche Weihnachten, für Sie alle persönlich ein gutes neues Jahr. Wir wünschen uns auch für das Jahr 2018, trotz der anstehenden Wahlen im Herbst, eine konstruktive politische Zusammenarbeit, die immer die Menschen im Blick hat – unsere Kundinnen und Kunden und zum Wohle der Anliegen des Bezirks.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Petra Tuttas

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer,
sehr geehrter Frau Regierungspräsidentin Brunner,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Inklusion

Wenn jeder Mensch überall dabei sein kann, am Arbeitsplatz, beim Wohnen oder in der Freizeit: Das ist Inklusion. Das Bundesteilhabegesetz wurde genau für diesen Zweck gemacht: Jede Person mit Behinderung soll mit dem neuen Gesetz genau die Unterstützung bekommen, die sie wegen ihrer Behinderung braucht. Gerade deshalb fragen wir uns, ob das Prinzip der Kostenneutralität in diesem Fall gerechtfertigt werden kann. Teilhabe, also echte Teilhabe, kann und darf nicht an nackten Zahlen festgemacht werden. Die Umsetzung für uns im Bezirk wird spannend werden, vieles ist noch offen, vor allem wie wirkliche Verbesserungen für die Menschen mit Behinderung ohne Mehrausgaben geschultert werden soll, was so im BTHG gefordert ist.

Gespannt erwarten wir die Arbeitsplatzangebote außerhalb der Werkstätten. Im Bereich Arbeit nimmt die Bezirksverwaltung schon eine herausragende Stellung ein. Schön wäre es, wenn wir bei unseren Betrieben, wie z.B. dem Kloster Seeon, auch Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung einrichten würden und so auch diese die Bezeichnung inklusiver Betrieb führen dürften. Schließlich muss unser aller Ziel sein, Menschen mit Behinderung (wieder) in den 1. Arbeitsmarkt einzugliedern. In anderen Bereichen hingegen ist noch Nachbesserungsbedarf im Gesetz gegeben, so z.B. bei den Leistungen der Pflegeversicherung auch im stationären Wohnen von Menschen mit Behinderung.

Ebenfalls offen ist beispielsweise, wie Schwerstbehinderten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden kann. Die Personalschlüssel sind knapp bemessen, oftmals bleibt keine Zeit mit den Klienten und Klientinnen in den Park zu gehen oder einen Einkauf zu erledigen, da die Personalstunden schon durch die reine Pflege aufgebraucht sind. Ehrenamtliches Engagement könnte hier einiges verbessern, aber oftmals sind es auch hier bürokratische oder versicherungsrechtliche Hürden, die dies erschweren. Vielen Dank an dieser Stelle für die Informationen von Frau Ziegelmaier und Herrn Becker, Herrn Bertenbreiter und Herrn Roth.

Pflege

Wir freuen uns, dass die ambulante und stationäre Pflege in eine Hand - und zwar in die Hand des Bezirks - gelegt wird. Dies soll vor allem als erstes den Verschiebebahnhof Kommune/Bezirk auflösen. Für das Personal hier im Haus wird es eine enorme Herausforderung sein, diese Aufgabe zu bewältigen, aber es wird sicherlich gelingen, ebenso wie bei der Zusammenführung der ambulanten und stationären Versorgung von Menschen mit Behinderung.

Kultur

Kultur ist ein wichtiges Bindeglied für Menschen mit und ohne Behinderung. Besonders die schon seit einigen Jahren bestehenden Ausstellungen im Rahmen von 'Kunst inklusiv' belegen dies. Dieses Jahr kam ein neues Element dazu, der Roman von Robert Hültner in Einfacher Sprache mit Lesung des Autors und einer Schauspielerinnen mit Handicap. Das große Interesse und das Medienecho zeigen, dass es richtig ist, auf diesem Weg weiterzugehen. Jetzt muss das Buch noch an die Kund*innen gebracht werden, bitte tragen Sie alle dazu bei, das Buch zu einem Bestseller werden zu lassen.

Vielen Dank an dieser Stelle stellvertretend an Frau Goriß, Frau Mammel, Frau Kellermann und an alle im Kulturreferat, die sich mit so viel Herzblut für diese Projekte einsetzen.

Arbeiter- und Industriemuseum:

Wir freuen uns, dass für das Industrie- und Arbeiterkulturmuseum nach einer mehrjährigen Standortsuche in den vergangenen zwei Jahren das Projekt in Dachau kurz vor der Umsetzung steht, und sich hierfür die Politik in Landkreis, Stadt und Bezirk begeistern ließ. Die Wanderausstellung hatte in den vergangenen Jahren immer einen hohen Zulauf und zeigt, dass wir in dem Bereich Pionierarbeit geleistet haben.

Jugend

Im Bereich der Jugendarbeit möchte ich den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und dem Bezirksjugendring für Ihr Engagement danken. Gemeinsam mit engagierten Bezirksrätinnen und Bezirksräten ist es gelungen, eine zukunftsweisende Neufassung des oberbayerischen Kinder- und Jugendprogramms zu erstellen. Für unsere Fraktion ist dabei neben der Inklusion und der Partizipation von jungen Menschen vor allem das Thema politische Bildung von besonderer Bedeutung. Für die nächsten Jahre gilt es nun, die guten Ideen und Ansätze des Konzepts in die Wirklichkeit umzusetzen.

Kliniken

Herzlichen Glückwunsch zum 10-jährigen des kbo und Dank an alle Mitarbeiter*innen, denen dieser Erfolg geschuldet ist, stellvertretend für alle im kbo Tätigen Frau Borrmann-Hassenbach und Herrn Spuckti. Bedauerlich ist der Umstand, dass immer mehr Menschen in psychische Notlagen kommen, umso wichtiger ist, dass sie vor Ort eine vielfältige Versorgung vorfinden, die Regionalisierung ist weit fortgeschritten. Aufgrund der bestehenden Tarifstruktur und den horrenden Mietpreisen nahezu in ganz Oberbayern, wird es schwierig werden, ausreichend Personal zu finden, um die Vorgaben der Psychiatrie-Personalverordnung zu erfüllen. Günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen zu können, wird ein Wettbewerbsvorteil bei der Suche um Personal sein, übrigens vor allem auch bei den weniger qualifizierten Stellen.

Nachdem die Einführung einer Ballungsraumzulage seitens des Kommunalunternehmens abgelehnt wurde, sollte man auch über Gehaltszulagen v.a. für das Pflegepersonal nachdenken, in den Kliniken, in denen es besonders schwierig ist, Personal zu finden. Wichtig ist es aber auch, sich nicht nur um die bereits Erkrankten zu kümmern, sondern Maßnahmen zur Prävention zu entwickeln. In ihrem aktuellen Gesundheitsreport kommt die Techniker-Krankenkasse zum Ergebnis, dass die Fehlzeiten der 16- bis 25jährigen Auszubildenden aufgrund von Depressionen, Anpassungs- und Belastungsstörungen seit dem Jahr 2000 um 77 Prozent gestiegen sei. Hier müssen und sollten die Bezirke bzw. das kbo noch stärker präventiv tätig werden, denn letztendlich ist jede Prävention billiger als ein Krankenhausaufenthalt. Allerdings zahlen Krankenkassen und Jugendhilfe erst, wenn die Kinder/Jugendlichen krank sind, anstatt die meist günstigeren Präventionsalternativen zu finanzieren. Auch am Krisendienst Oberbayern, der hervorragend angenommen wird, beteiligen sich die Krankenkassen nicht, obwohl der Krisendienst nachweislich teure Klinikaufenthalte verhindert. Bei der Entwicklung des längst fälligen PsychKHG steht leider immer noch der Sicherheitsaspekt und der Schutz der Bevölkerung im Vordergrund und nicht das Wohl der Patient*innen.

Wahlrecht

Die CSU-Fraktion im Landtag hat ihren Antrag auf Wechsel vom 2010 eingeführten Hare-Niemeyer-Verfahren auf das, kleine Fraktionen benachteiligende, Verfahren nach D'Hondt zurückgezogen. Nach Protest aus den Kommunen - und vom Bezirkstag - und nach einer klaren Absage von Expertinnen und Experten bei der von den Grünen initiierten Anhörung im Innenausschuss war klar: Wir brauchen keine Rückkehr zu D'Hondt, sondern ein Verfahren, das den Willen der Wählerinnen und Wähler gut abbildet und der politischen Vielfalt auf kommunaler Ebene gerecht wird.

Der Innenausschuss hat sich nun als Auszählmethode zur Ermittlung der Sitzverteilung in den Kommunalparlamenten auf das Verfahren Sainte-Laguë/Schepers geeinigt. Es wird seit 2008 auch bei Bundestagswahlen eingesetzt und ist laut Expertenmeinung das gerechteste Verfahren. Es gilt bereits für die kommende Bezirkstagswahl 2018.

Umwelt: Kloster Seeon: Heizungsanlage

Der Pressespiegel vom 6.12. enthielt einen Artikel der Passauer Neuen Presse für den Landkreis Traunstein mit dem Titel: "Umweltfreundliche Energie für das Kloster". Bereits im Dezember 2014 stellten wir einen Antrag, die Wärmeversorgung des Klosters mit regenerativen Energien zu bewerkstelligen. Der Bezirksausschuss und auch der Werkausschuss taten sich damals noch schwer mit einer Festlegung auf nachwachsende Rohstoffe. Umso erfreulicher, dass in den weiteren Planungen doch noch ein Weg gefunden wurde, eine überwiegend nachhaltige Energieversorgung in Form einer Hackschnitzelanlage umzusetzen. Damit leisten wir einen kleinen, aber keinesfalls un-

wichtigen Beitrag, die Klimaschutzziele des Landes zu erreichen. *Frei nach "dem großen Max" aus dem Polit-Comic der Abendschau sage ich hier: "Gut, dass es uns gibt"*

BBW JoKI

Der Bezirk investiert für die **Generalsanierung des BBW** mit über 32 Millionen € eine große Summe. Der aufwändige Umzug ins Containerdorf ist im September 2017 abgeschlossen worden und danach konnte mit der Entkernung begonnen werden. Die **Kosten**, na ja, ein pfiffiger Generalübernehmer ist auf Nachträge spezialisiert. Große Nachträge zeichnen sich besonders bei der Asbestsanierung ab, da die **Bestandsvoruntersuchungen** leider **unzureichend** waren. Dies rächt sich nun. Auf diesen Umstand hat die Grüne Fraktion stets hingewiesen und hatte auch aus diesem Grund letztes Jahr auch als einzige Fraktion nicht für die Freigabe der Planung an einen GÜ mit diesem Kostenrahmen stimmen können. Wegen dieser Asbestsanierung wird jetzt mit einer erheblichen **Bauzeitverlängerung** von rund 12 Wochen gerechnet. Gerade dies wird zu Kostenmehrerungen führen, die heute noch nicht beziffert sind. Die Grüne Fraktion hat berechnete Zweifel, ob der beschlossene Kostenrahmen noch einzuhalten sein wird. Wir werden es sehen.

Unser Antrag „Fassadenbegrünung ist Klimaschutz“

Wir freuen uns sehr, dass an vier Liegenschaften des Bezirks Fassadenbegrünungen eingeplant werden sollen. Zuerst am Schulzentrum JOKI, sowie in der Steinheilstraße in München. Unseren ausdrücklichen Dank dafür an die Bauverwaltung für Ihre umfangreichen Untersuchungen nach in Frage kommenden bezirkseigenen Gebäuden, auch wenn's über ein Jahr gedauert hat. Bei der Gelegenheit: Herzlichen Dank an Herrn Engelbrecht für seine geleistete Arbeit und die stets gute Zusammenarbeit. Er geht Anfang 2018 in den verdienten Ruhestand. Alles Gute für Sie Herr Engelbrecht in Ihrem künftigen "Heimbüro". Vielen Dank an Herrn Jonen, der das Baureferat bereits am 1.10. verlassen hat. Wir wünschen ihm viel Erfolg für seine neuen Aufgaben im ABZ in Landsberg.

Donaumoos

Wir danken auch dem Umweltreferat, insbesondere der Umweltbeauftragten Frau Stenzel für ihr Engagement beim Donaumoos und freuen uns auf geeignete Maßnahmen zum Moorschutz und zum Klimaschutz.

Flüchtlinge, Revisionsklausel

Trotz der einhelligen Kritik, die in einer Expertenanhörung geäußert wurde und trotz des eindringlichen Appells der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, dem Gesetzesentwurf der Staatsregierung die Zustimmung zu verweigern, hat die CSU-Mehrheit im Landtag weitreichende Einschnitte bei der Kinder- und Jugendhilfe für junge Flüchtlinge beschlossen. Zukünftig werden in Bayern Herkunft und Aufenthaltsstatus des Jugendlichen über Art und Umfang der Hilfen entscheiden. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge soll es nach dem Willen der Staatsregierung nur noch eine „Jugendhilfe light“ geben. Damit verabschiedet sich die CSU von dem grundlegenden Prinzip einer einheitlichen und bedarfsorientierten Leistungserbringung in der Kinder- und Jugendhilfe. Es ist nach wie vor inakzeptabel, dass sich der Freistaat an der Finanzierung der Jugendhilfe für unbegleitete Jugendliche und junge Erwachsene Flüchtlinge nur zu einem kleinen Bruchteil beteiligt. Für gerade volljährig gewordene Flüchtlinge zahlt der Freistaat auf freiwilliger Basis eine Pauschale von 40 € pro Kopf und Tag (in 2017) bzw. von 30 € pro Kopf und Tag in 2018. Die realen durchschnittlichen Kosten der Jugendhilfe für junge Flüchtlinge liegen nach einer Erhebung der Jugendämter jedoch bei 110 €. Das Land übernimmt also nur rund ein Drittel der tatsächlichen Kosten. Damit lassen sich allenfalls ambulante Leistungen der Jugendsozialarbeit finanzieren, nicht aber teure heilpädagogische Maßnahmen. Durch die Hintertür einer Verordnung zur Kostenerstattung wird hier ein Zwei-Klassen-Recht in der Kinder- und Jugendhilfe etabliert. Nur, weil wir die Rücklagen in diesem Jahr fast völlig aufgelöst haben, blieb die Erhöhung der Umlage in einem vertretbaren Maß. Im nächsten Jahr haben wir diese Möglichkeit nicht mehr. D.h. die Blockadehaltung der Staatsregierung schlägt dann finanziell voll auf die Kommunen durch und mit einem Ministerpräsidenten Söder wird es sicher nicht leichter werden. Darum dürfen Sie, Herr Präsident, nicht nachlassen in den Verhandlungen mit den Ministerien. Den Kommunen gegenüber müssen wir ganz deutlich klarmachen, wer der Kostentreiber bei der Bezirksumlage ist.

Haushalt

Zur Verteilung der 5 Milliarden wurde schon einiges gesagt, da möchte ich mich nicht wiederholen. Wir stimmen dem vorgelegten Haushalt zu, obwohl wir die Auflösung der Rücklagen auf die Mindestrücklage sehr kritisch sehen. Unser Dank geht wie jedes Jahr an die Finanzverwaltung für ihre Mitwirkung, trotz der beschriebenen Umstände den Haushaltsentwurf in einem transparenten Verfahren aufzubereiten und vorzustellen. Dafür Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber und dem ganzen Team ein herzliches Dankeschön.

Danken möchte ich im Namen der Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Verwaltung. Ebenso gilt unser Dank dem Gesamtpersonalrat und dem Betriebsrat, der sich für die Interessen der Mitarbeiter*innen und ein gutes Betriebsklima engagiert.

Ihnen allen frohe Festtage, eine geruhsame Zeit und ein gesundes und glückliches neues Jahr.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Rainer Schneider

-Es gilt das gesprochene Wort-

Verehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine verehrten Damen und Herren, im Namen der Fraktion, aber auch persönlich, möchte ich ein herzliches Dankeschön den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung für die Vorbereitung und mehrfache Überarbeitung des Haushaltsentwurfs aussprechen. Ein besonderer Dank gilt dabei Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, auch für die ausführlichen Erläuterungen der Unterlagen und die Beantwortung unserer Fragen.

Für uns war in diesem Jahr wieder die langfristige Finanzierbarkeit der Bezirksaufgaben im Vordergrund gestanden, wie auch die Betrachtung der ständig steigenden Zahl von zusätzlichen Verpflichtungen.

Die gesamten Diskussionen waren auch heuer vom Thema „Unbegleitete Minderjährige“ und deren Folgewirkung beim Eintritt ins Erwachsenenalter überlagert.

Bei den letztjährigen Haushaltsberatungen sagte ich, dass für uns der gewählte Haushaltsansatz für 2016 von € 9 Millionen nur deshalb akzeptabel erscheint, als bei einer Unsicherheit zwischen € 60 bis 120 Millionen an Kosten, die derzeitige Rücklage den nötigen Puffer böte.

Allerdings waren wir dabei der Auffassung, dass die Verhandlungen mit dem Freistaat kurzfristig zum Erfolg geführt werden müssten. Dass sich diese aber so kompliziert und langwierig gestalten und sich am Ende eine Kostenbeteiligung des Freistaats, bei den erwachsen werdenden Unbegleiteten, von faktisch nur einem Drittel ergab ist in unseren Augen sehr enttäuschend.

Zeigt es einerseits zwar, dass die Solidarität der „Kommunalen Familie“ gegeben ist, andererseits aber auch, dass die außergewöhnliche Situation für die Bezirke durch die UMA von der Staatsregierung nicht ohne Druck noch annähernd angemessen berücksichtigt wird. Damit isoliert sie sich auf der Ebene der Bundesländer.

Wirklich beschämend ist aber vor allem das Abstimmungsverhalten einiger CSU-Abgeordneter in diversen Kreisgremien, als es um die Resolution und damit den Hilferuf der „Kommunalen Familie“ ging. Man kann sich des Eindrucks nicht verwehren, dass manche MdLs mit dem Eintritt in dieses Gremium ihre kommunalen Wurzeln und damit ihre Verantwortung den Kommunen gegenüber schlichtweg vergessen haben.

Die Fraktion der Freien Wähler sieht mit großer Sorge, dass das durch den erzielten Kompromiss nunmehr notwendige starke Abschmelzen der Rücklage, auch bei einer weiterhin stabilen Umlagekraft und einer Beibehaltung der Bezirksumlage, mit einem Hebesatz von 19,5%, zu einer längerfristigen Unterfinanzierung des Bezirks führen wird.

Bei den ersten Gesprächen zum Haushalt 2017 stand ja auch eine fraktionsübergreifend getragene Umlagenerhöhung von 2% im Raum.

Diese konnte nunmehr durch das Verhandlungsergebnis vermieden werden, wenn auch der Preis dafür hoch ist. Die nächsten Jahre werden zeigen ob nicht ein Pyrrhussieg eingefahren wurde.

Denn damit liegt die Höhe der Rücklage am Ende des Haushaltsjahres und die damit verbundene Liquidität auf einem gerade noch vertretbaren Niveau.

Ferner stellen wir fest, dass die Schuldentilgung nunmehr aus ökonomisch klar nachvollziehbaren Gründen nahezu zum Abschluss gebracht ist.

Aus den genannten Gründen war es für uns, bei der Beurteilung der Haushaltssituation für das Jahr 2017 und dem sich daraus ergebenden Ausblick auf künftige Haushaltsjahre, nicht einfach ein Abnicken und damit ein lapidares Zustimmung, sondern es bedurfte einiger Anstrengung damit wir der Empfehlung des Bezirksausschusses folgen und somit dem Haushalt 2017 mit den dazugehörigen Bestandteilen zustimmen können.

Besonders in diesem Jahr hat sich das Gesamtverantwortungsbewusstsein innerhalb der kommunalen Familie gezeigt.

Im Gegensatz dazu zeigt der Freistaat seine Solidarität mit den Kommunen beim Art. 15 FAG trotz ständig steigender Kosten leider immer noch nicht.

Es wäre erneut, wie im letzten und vorletzten Jahr bereits erwähnt, ein Gebot der Stunde gewesen, im Sinne der Betroffenen zu entscheiden und auch der guten Haushaltslage geschuldet, die Mittel deutlich aufzustocken. Dies ist wieder unterblieben. Es drängt sich daher beinahe die Aussage auf, dass der Finanzierungsanteil des Art.15 FAG in Oberbayern zur Marginalie verkommt.

Ebenso wird das große Thema Inklusion auf dieser Ebene weiterhin sehr stiefmütterlich behandelt und in keinsten Weise mit auch nur annähernd ausreichenden Geldmitteln ausgestattet. Es sieht zunehmend so aus, als würde der Freistaat auch hier die Kommunen im Regen stehen lassen.

Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Fraktion der Freien Wähler wie auch persönlich, danke ich Ihnen für die stets konstruktive und parteiübergreifend sehr freundschaftliche Zusammenarbeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und Gesundheit, Glück und Erfolg im Jahr 2017.

Vielen Dank.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiter des Bezirks Oberbayern.

Auch die FDP möchte sich für die Zusammenarbeit im letzten Jahr ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Es war sehr konstruktiv, leider nicht immer erfolgsversprechend, wie wir jetzt wieder im Zweckverband Ingolstadt feststellen mussten. Aber nichts desto trotz darf ich mich für das Engagement bedanken, auch wenn es leider nicht viel gebracht hat.

Zum Haushalt ist schon sehr, sehr viel gesagt worden. Wir empfinden das Thema Rücklagenreduzierungspflicht, Herr Schneider hat es gerade treffend gesagt, der letzten 3 Jahre um 200 Mio. Euro eigentlich als Bankrotterklärung der Staatsregierung gegenüber der kommunalen Ebene. Es ist ein Trauerspiel, dass wir unserer gemeinsam beschlossenen Verantwortung der Gleichmäßigkeit des Regelsatzes auf diese Art und Weise entmachteten worden sind. Es bleibt dabei, wir müssen damit leben. Sie haben es ganz treffend gesagt, Herr Präsident, wir haben nun mal den Auftrag bekommen, uns die Gelder über die Umlage zu holen, dann tun wir's eben auch. Aber es ist nichtsdestotrotz keine Situation, mit der es sich gut leben lässt.

Die Aufgaben werden größer, BTHG wurde immer wieder zitiert. Die Umsetzung, wie es sich in Bayern anbahnt, wurde, wie bereits angesprochen, nicht dem eigentlichen Grundsatz der Selbstständigkeit und der Hilfe des Individuums gerecht, wenn wir, wie es immer wieder durchschimmert, eine kostenneutrale Lösung wollen. Deswegen appellieren wir hier sehr stark, darauf zu achten, dass wir den Mittelpunkt immer noch bei den Betroffenen sehen und nicht im Haushalt. Die Übernahme zur Hilfe zur Pflege im ambulanten Bereich stellt für uns eine sehr große Chance dar, weil sie endlich aus einer Hand ist. Wir erhoffen uns, dass eine höhere Durchlässigkeit zwischen ambulant und stationär dadurch erreicht wird. Allerdings sind die Ergebnisse aus den vorhandenen Zahlen bei der mittlerweile bei uns integrierten ambulanten Hilfe zur Eingliederung und stationären Hilfe zur Wiedereingliederung nicht so sonderlich ermutigend. Sie zeigen eigentlich nicht, dass es wirklich eine Verbesserung gibt, dass sich die Zahlen für die Ambulantisierung verbessern und die stationären Zahlen zumindest stagnieren können. Ich hoffe auf mehr Ideen, diese Entwicklung ein bisschen mehr in die richtige Richtung, nämlich ambulant vor stationär zu bekommen. Wir haben beim BTHG jetzt auch das Budget für Arbeit. Was ich sehr schade finde ist, dass wir im Bereich Budget für Arbeit nicht zum Zuge gekommen sind, das macht jetzt anscheinend die IHK Nürnberg. Und das, obwohl sich unser starkes Wirtschaftsfeld um ein Projekt zum Thema Inklusion in der Wirtschaft im Zusammenhand mit dem Bundesministerium bemüht.

Das finde ich bedauerlich. Ich würde gerne anregen, dass wir hier unsere Kompetenzen, und wir haben hier ja nun mal eine sehr hohe wirtschaftliche Kompetenz, auch nutzen und uns entsprechend auf oberbayerischer Ebene ein ähnliches Modell überlegen. Entweder über das GSV, oder wo auch immer es am besten angesiedelt ist. Hier sollten wir etwas kreativer werden, als uns nur mit dem Arbeitsbegleiter über das Integrationsamt auseinander zu setzen. Ich denke, da muss mehr gehen!

Insgesamt ist aus unserer Sicht sehr erfreulich, dass wir das Fallmanagement verabschieden konnten. Wir hoffen auch hier, dass es, wie eben schon angesprochen, nicht nur eine Entbürokratisierung ist, sondern auch tatsächlich eine Personenzentrierung stattfindet, wie sie von uns gefordert ist. Wir setzten große Hoffnung auf Umsetzung in ähnlicher Art und Weise im Erwachsenenbereich.

Das Thema Krisendienst wurde auch schon angesprochen. Es ist ein Erfolgsmodell, das sich auch im PsychKHG, welches wir vor vielen Jahren im Bayerischen Bezirkstag angeregt haben, wieder spiegelt. Trotzdem hoffen wir darauf, dass dieser extreme Sicherheitsgedanke aus dem PsychKHG wieder herausgeholt werden kann. Das entspricht in keinsten Weise unserem Menschenbild und passt hier überhaupt nicht hinein. Aber dankenswerter Weise haben Sie ja bereits angesprochen, dass Sie dies auch im Vergleich zum Maßregelvollzug nicht sehen wollen. Insofern viel Er-

folg und viel Unterstützung von uns, dass Sie hier mit Ihren Bemühungen noch etwas erreichen können. Die Zeit ist so knapp, es ist einfach nur traurig.

In Summa sind wir mit diesem Haushalt natürlich nicht glücklich, wenn man auf die letzten Reserven gesetzt wird. Aber es hilft alles nichts, wir müssen jetzt diesen Schritt gehen. Wir werden dazu gezwungen, weil Gelder einfach nicht weitergereicht werden. Herr Söder saniert lieber seinen Staatshaushalt, als dass er die kommunale Ebene mit dem ausstattet, was ihr gebührt.

Wir sehen auch die 63 Mio. Euro Nachforderung als ein sehr schwieriges Thema. Allerdings hoffen wir, dass die angesprochenen Bemühungen, noch eine Refinanzierung zu erhalten, noch ein wenig fruchten und auch die Zahlenüberprüfung eventuell noch das eine oder andere bringt. Die Tatsache, dass wir aber nur, Herr Loy hat es ausgerechnet, 17 Tage von FAG-Mitteln leben können und der Rest über die kommunale Umlage zurückgeholt werden muss, die ist einfach ein sehr trauriges Bild.

Wir danken Herrn Getzlaff und seinem Team für die wunderbare Aufbereitung und für dieses unfassbar hohe Engagement, uns immer wieder ganz konkrete Zahlen zu präsentieren, abgefragt bei den Jugendämtern etc.. Manchmal mag man dazu sagen Zahlensalat sagen. Er wird aber gut angerichtet von Ihnen, deshalb ganz herzlichen Dank dafür. Ich darf mich auch beim kbo für die wunderbare Arbeit der letzten 10 Jahre bedanken. Ich freue mich darauf, Sie im Verwaltungsrat weiter zu begleiten. Ich bin gespannt, wo uns die Reise noch hinführt, gerade mit den neuen Projekten des Kinderzentrums etc. Da kommen noch viele Aufgaben auf uns zu.

Ich wünsche allen eine frohe Weihnacht, ein gutes neues Jahr. Ich hoffe auf eine weiterhin gelungene, freundschaftliche und vor allem zielorientierte Zusammenarbeit bei unsere vielen Projekten, die wir am Laufen haben und die wirklich viel Gutes bewirken. In diesem Sinne, frohe Weihnachten und gutes neues Jahr.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Florian Weber

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte sich auch die Bayernpartei-Fraktion bei der Kämmerei für die gute und kompetente Vorstellung des Haushaltsentwurfes bedanken!

Es ist ja schon einiges zum erneuten Rekordhaushalt gesagt worden, weshalb ich mich auf einige Punkte beschränken möchte, ohne die Bedeutung anderer dabei schmälern zu wollen.

Lassen sie mich mit den „kleineren Haushaltspositionen“ beginnen.

Im Bereich der Kultur können wir viele positive Ansätze erkennen. Wir begrüßen die Arbeit des Volksmusikarchivs, des Trachteninformationszentrums und freuen uns auch über eine Verbesserung der Situation auf der Glentleiten. Ebenso sehen wir die Beteiligung an Museen in ganz Oberbayern durchaus positiv.

Auch sind wir der Meinung, dass das Kultur Bildungszentrum, trotz nach wie vor sehr hoher Kosten, eine positive Entwicklung nimmt.

Auch die Entwicklung des Zamma und die Jugendförderung zeigt oft sehr gute Ansätze. Die insgesamt sehr gute Politik des Bezirks in diesem Bereich ließe sich unserer Meinung sogar noch etwas verbessern, indem man der Förderung der bayerischen Sprache noch mehr Raum geben würde.

Die Bereiche Heimat- und Denkmalpflege sind aus unserer Sicht angemessen berücksichtigt und man kann den engagierten Mitarbeitern nur danken.

Die Gesellschaften des Bezirks im Bereich Wohnen und Bauen gewinnen noch mehr Bedeutung, wenn man an die akute Wohnungsnot in Oberbayern denkt.

Besondere Bedeutung hat natürlich nach wie vor kbo. Die psychiatrische Versorgung in Oberbayern wird ebenfalls immer wichtiger, was die steigenden Patientenzahlen zeigen. Die Idee der regionalen Versorgung unterstützen wir vollumfänglich. Eine ortsnahe Hilfe ist für die betroffenen Patienten eine echte Hilfe und hilft auch die Stigmatisierung der Psychiatrie weiter einzudämmen. In diesem Zusammenhang stehen wir auch zu der durchaus mit deutlichen Kosten verbundenen Einführung eines Krisennotrufs in ganz Oberbayern.

Den weitaus größten Anteil am Haushalt hat aber naturgemäß der Bereich Soziales zu vermelden. Hier sind wir tatsächlich durch unsere Pflichtausgaben sehr weitgehend gebunden und sieht man die künftigen neuen Aufgaben, z.B. im ambulanten Pflegebereich, wird der Anteil am Gesamthaushalt noch weiter steigen.

Dabei nehmen die Kosten für unbegleitete junge Flüchtlinge einen sehr beachtlichen Teil ein. Es ist ja bekannt, dass die Fraktion der Bayernpartei die Übernahme dieser Kosten durch die Bezirke ablehnt, da diese Aufgabe eigentlich nach dem Verursacherprinzip vom Bund getragen werden müsste. Aber hier haben wir als Bezirk aufgrund der Politik des Landesgesetzgebers keine Möglichkeit, dies zu ändern.

Was uns aber empört ist die Tatsache, dass nicht nachvollziehbare und nicht überprüfbare Forderungen in Höhe von über 60 Millionen Euro aus der Zeit vor 2015 im Bereich der Flüchtlingsunterbringung an den Bezirk Oberbayern gestellt werden. Diese hat der Bezirk zwar nicht formal anerkannt, aber durch die Rückstellung als eigenen Forderungsposten wird unserer Meinung nach eine indirekte Anerkennung dieser Forderung ausgesprochen und auch signalisiert, dass der Bezirk willens ist, diese Forderung zu begleichen.

Nachdem unser Antrag diesbezüglich leider von der Mehrheit des Bezirkstags abgelehnt wurde,

wird die Bayernpartei Fraktion dem hier vorgelegtem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Wir möchten aber betonen, dass wir mit den sonstigen Positionen einverstanden sind und sich unsere Ablehnung nur auf diesen Sachverhalt bezieht.

Zum Schluss möchte ich es nicht versäumen, mich beim Präsidium, bei allen Mitarbeitern des Bezirks Oberbayern und insbesondere bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die kollegiale Zusammenarbeit zu bedanken!

Ich wünsche Ihnen allen ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes, besonders aber gesundes neues Jahr!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Andreas Huber

-Es gilt das gesprochene Wort-

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

für mich erst seit Dienstag bekannt, ergreife ich nun hier das Wort in Stellvertretung für Johanna Schildbach-Halser, welche kurzfristig aus familiären Gründen verhindert ist.

Den Haushaltsplan aber unkommentiert zu lassen wäre wohl nicht der Stil der ÖDP, denn da haben wir schon einiges zu sagen.

Vorab ein Dankeschön an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber mit der Abteilung für die Vorstellung eines Vorberichtes des Haushaltes, es erleichtert uns natürlich die Arbeit und verschaffte uns einen Überblick in kurzer Zeit.

Die soziale Sicherung im Einzelplan 4 entwickelt sich durch die steigende Zahl der Leistungsempfänger beständig nach oben, das nehmen wir so zur Kenntnis und werden es wohl auch nicht so schnell ändern können, so sehr wir uns das auch wünschen. Damit hätten wir schon 95% der geplanten Ausgaben in 2018 genehmigt. Lohnt sich es dann noch über die verbleibenden 5% zu reden?

Ich meine ja, denn immerhin wollen wir noch mit 90 Mio € auf die Gestaltung des Bezirks und damit des öffentlichen Lebens in Oberbayern Einfluss nehmen. Diese 5% bestimmen wahrscheinlich sogar den größten Teil der öffentlichen Wahrnehmung des Bezirks in Form von Schulen, Museen, kulturellen Einrichtungen und Krankenhäusern.

Einige unbefriedigende Haushaltsposten möchte ich noch gesondert ansprechen.

Schmerzlich herausstechend ist sicher das Thema Glentleiten. Die geplanten Einnahmen in Höhe von 750 000 € decken nur etwa ein Drittel der Ausgaben an Löhnen der Mitarbeiter. Also auch hier noch einmal die Frage, was man mit dem neuen Eingangsbereich für 13 Mio € eigentlich bezwecken möchte.

Bei dem Thema „Arbeiter- und Industriekulturmuseum“ wäre es sicherlich zweckmäßig, die Arbeitsgruppe auch einmal einzuberufen, wenn schon 30.000 € dafür ausgegeben werden sollen.

12 Mio € für Denkmalschutz in ganz Oberbayern wirken eher sparsam im Vergleich zu den 4 Mio € Zuschuss für das Museum Inn-Salzach-Klinikum in Wasserburg. Das Klinikum selber möchte im Übrigen nur 2,3 Mio € als Finanzhilfe (Versorgungsleistungen). Was ist hier los?

Bei den Schulen will ich einzig auf die Situation des BBW eingehen. Hier sind alle froh, dass endlich mit dem Bau begonnen wurde. Die Entscheidung für einen Generalunternehmer hat sich zunächst wohl als erfolgreich dargestellt. Aber nun beginnen leider Probleme, die das ganze Projekt in eine kritische Situation bringen, wie die Stromversorgung bei den Schreibern, die Asbestsanierung oder die Tiefgarage. Ich befürchte, dass unruhige Zeiten auf uns zukommen, wenn hier nicht von allen Beteiligten ein Sonderbeitrag geleistet wird.

Dies betrifft natürlich auch den Bauausschuss, welcher in der Vergangenheit, denke ich, zu wenig gefordert wurde. Bilder von Baustellen anschauen ist hier auch mal schön und vielleicht notwendig, aber irgendwann eben langweilig. Mich hätte es sehr gereizt, auch einmal auf die Architektur der geplanten Neubauten in Gabersee Einfluss zu nehmen. Ich empfinde es nur noch als peinlich, eine solche „Bauklotzarchitektur“ wie im Kindergarten zu realisieren, wenn man sich andererseits ein Europäisches Künstlerhaus leistet. Hundertwasser (bunte, lebendige Häuser) wäre meiner Ansicht nach beim Thema Psychiatrie wohl eher angesagt.

Als sicherlich notwendig und zeitgemäß möchte ich auf jeden Fall den „Krisendienst Psychiatrie“ loben. Auch wenn noch nicht alle Probleme gelöst sind, wie z.B. die Zuständigkeiten vor Ort, rechtfertigt dies doch die ca. 7,5 Mio € Einsatz.

Den Wirtschaftsplan der Bezirksgüter habe ich mir etwas genauer angeschaut und denke, dass hier wohl viel Arbeit geleistet wird, aber nach meiner Auffassung an der falschen Stelle. Das

Jahresergebnis von ca. 160.000 € bei einem Betrieb von fast 600 ha könnte ich wohl akzeptieren, wenn sich die Gewinne nicht nur durch die hohen Miet- und Pachteinahmen darstellen würden, und das auch noch bei 0 Euro Abschreibung für Gebäude.

Isoliert betrachtet, fällt in der Forstwirtschaft vor allem der fehlende Ertrag an Wertholz auf, also gutem Laubholz, was darauf schließen lässt, dass entweder keines da ist, weil es reine Forstmonokulturen sind, oder es ist noch nicht schlagreif, da sich der Wald im Aufbau zum gesunden Mischwald befindet. Das ließe sich aber bei einer Waldbegehung schnell klären. Die 280 ha Feldbewirtschaftung in der derzeitigen Form halte ich schlichtweg für nicht mehr zeitgemäß. 0 Euro für Zwischenfrüchte und nur Intensivkulturen wie Winterweizen, Silomais und Winterraps sind ein eindeutiger Hinweis auf eine stark humuszehrende Bewirtschaftung und damit ein Raubbau am Boden. Dem geschuldet ist auch der hohe Einsatz an chemischen Spritzmitteln (über 50.000 €), da die Kulturen natürlich wesentlich krankheitsanfälliger sind, wenn der Boden nicht gesund ist.

Hier sei auch erwähnt, dass der Bezirk sich um die Bienen zu kümmern hat, nicht nur kleinräumig sondern auch großflächig.

Eine Fruchtfolge ohne Leguminosen für den Bodenaufbau ist einfach nicht mehr akzeptabel. Ich empfehle hier, sowohl aus ökologischen und auch betriebswirtschaftlichen Gründen, eine sofortige Verpachtung der Flächen an biologisch wirtschaftende Betriebe, oder eben eine Umstellung der Betriebsgüter auf ökologische Wirtschaftsweise, wie es andere staatliche Einrichtungen auch schon getan haben. Die Voraussetzungen auf dem Markt dafür sind derzeit günstig. Für diese Modernisierung der Landwirtschaft darf im Haushalt genau so viel Geld eingestellt werden, wie für die technische Aufrüstung und Modernisierung der Zimmer in Kloster Seeon, also ca. 150.000 €.

Letztendlich ist nicht alles mit Geld lösbar, das bekommen wir zu spüren, wenn wir zunehmend in einen Personalmangel beim Bezirk hineinrutschen. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen ausgesetzt werden, weil die Arbeit einfach nicht zu schaffen ist. Auch Neubesetzungen von Stellen leiden unter einem mangelnden Angebot qualifizierter Fachkräfte.

Also, wenn Geld neu investiert wird, dann verstärkt in die Ausbildung für den eigenen Bedarf und die notwendige Infrastruktur, das heißt eigentlich, Wohnraum für Mitarbeiter schaffen und nicht Bauland an Investoren verkaufen wie in Haar. Eine solche Geheimpolitik, wo nicht einmal Bezirksräte die Kaufpreise erfahren, ist völlig fehl am Platz.

Auf die notwendige Erhöhung der Bezirksumlage möchte ich nicht näher eingehen, das haben Andere schon vor mir getan und es würde sich auch nichts daran ändern.

Ein besonderes Anliegen ist mir noch die Prävention. Dies halte ich in der Zukunft für eine äußerst wichtige Aufgabe, um letztendlich den steigenden Aufgaben entgegenzutreten.

Mit immer mehr Geldzuwendungen werden wir auf Dauer nicht rechnen können, denn auch Umlagen haben ihre Grenzen.

Als beispielhafte Maßnahme haben wir in der Ausschussgemeinschaft ÖDP/Piraten die Veranstaltung zum Thema „Licht in Räumen“ am 23. November hier im Casino angeregt. Ich denke, sie war ein voller Erfolg, wenngleich sich nur wenige Bezirksräte unter den ca. 40 bis 50 Teilnehmern befanden. Aber wie Herr Engelbrecht sagte, man kann sie jederzeit für alle, die es nicht mitbekommen haben oder anderweitig ausgebucht waren, wiederholen.

Der Ansatz ist eigentlich, dass wir bei den Grundbedürfnissen Luft und Wasser ständig mit Probennahmen und Untersuchungen eine Vielzahl von Parametern überprüfen um die Gesundheit der Bevölkerung sicherzustellen, beim lebensnotwendigen Licht beschränken wir uns aber auf nur eine DIN-Norm. Wie Frau Knura in dem Vortrag aber anschaulich dargestellt hat, ist die Annahme „Es ist doch hell genug“ bei Weitem nicht ausreichend für einen gesunden Lebensweg. Nur als Beispiel sei hier aus dem Vortrag entnommen, dass ein Bettlägeriger nachts kaum richtig schlafen kann, wenn er am Tag nicht ausreichend Licht in guter Qualität wie Tageslicht oder ersatzweise z.B. angepasstes Kunstlicht aufgenommen hat.

Dieses Thema werde ich auch in Zukunft in den Ausschüssen noch weiter verfolgen, vielleicht schaffen wir es, uns einen Standard zu setzen, welcher nicht nur der Gesundheit unserer

Mitarbeiter und anvertrauten Personen dienlich ist, sondern wo auch langfristig betriebswirtschaftliche Vorteile herauskommen.

Zum Schluss möchte ich noch eine Anregung bezüglich der Zugänglichkeit der Bevölkerung zur Arbeit des Bezirks geben. Die intern vielleicht geläufigen Ausdrücke wie Inklusion, Teilhabe, Barrierefreiheit, Sozialraum, Pflegegrad, Fallmanagement und einige mehr sollten in leichter Sprache erläutert und gegenüber gestellt werden, denn die Meisten wissen nicht immer, um was es dabei geht.

Der gesamten Verwaltung auf jeden Fall vielen Dank für die gute Arbeit und stets perfekt hergerichteten Arbeitsräume.

Und ganz zuletzt noch meinen großen Respekt und Anerkennung an Sie, unseren Präsidenten Herrn Mederer, von dem ich immer den Eindruck hatte, er behält bei jedem Thema in diesen weitläufigen Bezirk den Überblick und den Respekt gegenüber seinem Nächsten.

Abschließend vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich zitiere unseren Pfarrer: "Die Zeit der Gegensätze von hell und dunkel, von arm und reich, Leben und Tod, in der Adventszeit". Haben Sie immer ausreichend Licht in guter Qualität, z.B. auch Kerzenlicht am Abend vor dem Schlafengehen.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Martina Wenta

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

's Johr neigt sich dem Ende und so steht's wieder an, die Haushaltsdebatte mit höchstwahrscheinlicher Verabschiedung des Haushalts für 2018.

Dem Dank für de Kämmerei mecht i mit oschließen. Herr Getzlaff und Frau Hirschhuber ham mit eana Abteilung wieder hervorragende Arbeit geleistet. Des bezieht sich freilich auf de Erstellung des Haushalts ois auch in der für Laien geeigneten Darstellung. Mit am Tortendiagramm kon ma hoid doch mehr ofanga ois mit a zahlenspicken Tabelle.

Ganz leicht foid de Verabschiedung vom Haushoit des Johr ned: Der Hebesatz muass um 1,5 auf 21 Punkte oghom wern und die Rücklage werd bis auf's gesetzliche Minimum ausgrammt. Und des, obwoi de einnahmen dur a höhere Umlagekraft steing und sich de Einführung vom Pflegestärkungsgesetz positiv auf den Sozialhaushoit auswirkt.

Insgesamt steigt der Bedarf für's Soziale. Des kon uns aber nur Recht sei: Immerhin hoäßt des, dass Hilfe obgruafa werd und do hikimmt was braucht werd.

Fürn psychiatrischen Krisendienst gibt der Bezirk zum Beispui 2018 7,5 Millionen Euro aus. Inzwischen is der Krisendienst flächendeckend in ganz Oberbayern eigführt. Mir gehen do mit gutem Beispiel voran, der Krisendienst is in der Art einmalig. Und obwoi durch eam enorme Beträge im Gesundheitssystem gspart wern kennan und de Leid in Krisensituationen a höhere Lebensqualität erreichen beteiligen sich weder de Krankenkassen noch das Land an de Kosten. De flächendeckende Einführung is soweit nach Plan verlaufen und de Kosten dementsprechend seit 2016 in Haushalt ei'gstellt.

In andere Bereiche wie z.B. in der Kultur oder bei de Schuin gibt's gegenüber 2017 entweder gor koane Veränderungen oder nur kloane Erhöhungen, nix oiso was oan beunruhigen soiat. Und eigentlich – ja, des is a scheens Wort – eigentlich dadn si ausgabensteigerung und Umlageerhöhung so sche ausgleichen.

Aber mir miassen scho wieder über unbegleitete minderjährige und junge volljährige Geflüchtete reden. Mir miassen scho wieder über die Kosten von Menschen reden. Scho wieder miass ma aufs Geld schau und ned auf de Schicksale. Ohne Hebesatzerhöhung standad der Bezirk Oberbayern am Finanzloch von fast 50 Millionen Euro gegenüber, umgrehnet oiso ca. 5 Plenarsäle.

Der Bund woit Abhilfe schaffa: Koa Problem, hoda gsogt, mir schütten ab 2018 5 Milliaren Euro an de Kommunen aus, zur Entlastung. 155 Mio soiaten dabei innerhoib Bayerns verteilt wern. Ab interessant is, des Geld geht an de Bezirke vorbei und wandert direkt in die Kommunen. Außerdem endet zum 31.12.2018 de Beteiligung vom Freistaat an de Kosten für die junga Volljährigen. Es scheint, ois waradn die Bezirke unterm Radar vo der Landesregierung.

In Oberbayern hamma sogor no a zusätzliche Spezialsituation zu meistern. Es ist nämlich nu a 30 Millionen Euro hohe Rückzahlung ans Bundesverwaltungsamt zu leisten. Do geht's a wieder um de Finanzierung der Unterbringung von jungen Geflüchteten, allerdings san des ja Altlasten von vor 2015.

2018 kimmt oiso ordentlich was aufn Bezirk zua und des kon ohne Hebesatzerhöhung hoid nimmer geleistet wern.

Verstehens's mich nicht falsch: Des Geld is absolut guad investiert und ich sieg in de Leid wo zu uns keman a groaße Chance die ma nutzen miassen: Aber des mit der Finanzierung lafft ja woi eher schlecht.

Es is ein Gehacke und Geschiebe um Zuständigkeiten und der Bezirk mit seiner nach wie vor leider schlechter Präsenz in der Öffentlichkeit hod do woi ned de richtige Lobby.

Do is dann oft de Rede von „Der Landesregierung“ oder „dem Freistaat“ ois Schuldige. O ganz so, ois wenn des völlig abstrakte Einrichtungen wären, Verwaltungseinheiten auf de ma koan Einfluss nehma kon. Aber ganz so is hoid doch ned:

Im Landtag sitzen genau wie hier a gewählte politische Vertreter. Und de stammen zum Großteil, genau wie hier im Bezirkstag, aus der CSU. Partespezl, quasi. Partespezl von dene ma de Telefonnummer hod, mit dene ma per Du ist und mit dene ma auf'm Parteitag vielleicht moi a Hoibe trinkt.

Partespezl, die die Arbeit der Bezirksräte, aber auch der Landräte, Bürgermoaster und oller anderer Kommunalpolitiker durchaus aufm Plan hom soiatn. Wenn de Landespolitiker aber konsequent am Bedarf von de kommunalen vorbeiregieren, dann soiat jeder für sich moi überlegen, ob des no de richtige Partei is.

De Landtagsabgeordneten feiern den Ehrenamtstag, woin sich um Inklusion bemühen und hoiten, zumindest nach eigener Aussage, vui auf de bayrische Kultur (Kultur, nicht Natur!).

Es lasst sich oiso nicht leugnen, dass es scho a groaße Schnittmenge zwischen dem Freistaat Bayern und seine Bezirke gibt.

Der Herr Söder hod neulich gsogt, des entscheidene sei, wie es den Menschen in Bayern geht.

Erstaunlich, dass der zukünftige Ministerpräsident do offensichtlich psychisch Kranke die den Krisendienst brauchan oder a junge Geflüchtete ned aufm Plan hod.

Oder er definiert „Menschen in Bayern“ irgendwie anders ois i.

Leider lasst si in de Köpf von Leid ned neischaun. Obwoi in dem Bereich unsere kliniken ja a guade Arbeit leisten – des kon ma übrigens nochlesen in dem Bücherl zum 10 jährigen Geburtstag der Kliniken des bezirk Oberbayerns, des letzte Woch rausgeschickt worn is. Herzlichen Glückwunsch do natürlich auch von mir, die Kliniken san aus der psychiatrischen Versorgung gar ned wegzudenken.

Wos mich auch sehr freit san de Umstrukturierungen bezüglich des Kloster Seeon. Dass de Übernachtungszahlen steigen spricht für sich und vom Voranschreiten der Baumaßnahmen hob i mir selber scho a Bild macha kena. Es freit mi, wenn des wunderschöne Kloster noch schöner und noch bekannter werd.

Gebaut und renoviert werd beim Bezirk ja immer viel, vom Plenarsaal bis zum BBW: ich hoffe, dass diese Baumaßnahmen gut über die Bühne gehen, vor allem dem BBW wünsch ich a guads Voranschreiten, bzw. erstmoi an guten Start der Sanierung.

Dem Haushalt stimme ich als Vertreterin der Piratenpartei zu und wünsch Ihnen allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und an guten Rutsch in neue Jahr.

Nach den Vorberatungen werden die Haushaltssatzung 2018 und ihre Anlagen beschlossen.

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2018 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 1.892.900.000 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 36.070.000 € zugestimmt. 2. Dem Finanzplan 2017 bis 2021 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen in den Wirtschaftsplänen 2018 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon und der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit den Finanzplänen und den Investitionsprogrammen für die Jahre 2017 bis 2021 wird zugestimmt. 4. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2018 wird zugestimmt. 5. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2018 auf 21,00 v.H. festgesetzt. 6. Die Haushaltssatzung 2018 wird beschlossen.
	angenommen Ja 57 Nein 4

TOP 3 Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege - Delegationsverordnung

Die Auswirkungen des Entwurfs des Bayerischen Teilhabegesetzes auf die sachliche Zuständigkeit des Bezirks und die sich daraus ergebende Änderung der Delegationsverordnung des Bezirkes Oberbayern werden vorgestellt.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt: 1. Der Bezirk macht von seinem ihm nach dem Entwurf des BayTHG I vom 04.10.2017 gem. Art. 83 Abs. 3 eingeräumten Recht der Delegation für den Zeitraum von voraussichtlich 01.03.2018 bis 31.12.2018 vollumfänglich Gebrauch. 2. Die bestehende Delegationsverordnung vom 26.07.2017 wird voraussichtlich mit Wirkung zum 01.03.2018 aufgehoben und durch eine, der Ziffer 1 entsprechende, neu zu erlassenden Delegationsverordnung (siehe Anlage) ersetzt.
	angenommen Ja 60 Nein 0

TOP 4 Fortschreibung des Gleichstellungskonzepts

Gemäß der Vorgabe des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes wurde von der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirks Oberbayern die dritte Fortschreibung des Gleichstellungskonzepts zur Beschlussfassung vorgelegt.

Das Konzept vergleicht die Situation der beschäftigten Frauen und Männer in der Bezirksverwaltung und in den kameralen Einrichtungen des Bezirks Oberbayern zwischen dem Jahr 2011 und 2016 und stellt Maßnahmen und Initiativen vor.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die dritte Fortschreibung des Gleichstellungskonzeptes des Bezirks Oberbayern in vorliegender Fassung.
	angenommen Ja 61 Nein 0

TOP 6 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Pestizidfreie Bezirksflächen

In dem Antrag „Pestizidfreie Bezirksflächen“ der Bezirkstagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.06.2017 wird der vollständige Verzicht von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln auf bezirkseigenen, sowie vom Bezirk neu verpachteten Flächen gefordert. Besonders die Wirkstoffe Gyphosat und Thiacloprid finden kritische Erwähnung. Die Verwaltung spricht sich für einen möglichst geringen Einsatz von Pestiziden auf Bezirksflächen aus. Ein gänzlicher Verzicht ist in der täglichen Bewirtschaftung derzeit nicht möglich.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, dass der Bezirk Oberbayern auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln bei der Bewirtschaftung auf bezirkseigenen und vom Bezirk Oberbayern neu verpachteten Flächen soweit es möglich ist verzichtet.
	angenommen Ja 60 Nein 0

TOP 7 Bekanntgaben und Sonstiges

Beschluss:	Es erfolgten keine Bekanntgaben oder Antragstellungen.
-------------------	---

Um 12:41 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Angelika Ewerhardy
Protokollführung